

Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Mit der 14 tägig erscheinenden Beilage „Der Rote Stern“ und den Beilagen „Die Leibkuche“, „Die Kommunistin“, „Der Jungprolet“, „Die Rote Siegel“.
Enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Gemeinden Bittersbach, Gattesberg, Nieder-Permsdorf, Gellendorf, Neu-Kalvbraun, Wehlitz, Wastegierdorf.

Anzeigenpreis: Die 10spaltige Druckzeile ab. deren Raum 10 Wollpennige, Stellen- und Wohnungsangebote, Familiennachrichten, Verzeugs- und Besammlungsangelegenheiten 8 Wollpennige. — Wellausschnitt: Die Druckzeile 8spaltig oder deren Raum im Text 80 Wollpennige

Mittwoch, 28. Januar 1925.

Bezugspreis: Bei wöchentlich 8 maligen Erscheinen monatlich 4,25 RM, vierteljährlich 16,25 RM, halbjährlich 32,50 RM, jährlich 65,00 RM. Einzelne durch Streifenbl. n. Nr. 10 11. Redaktion und Expedition Breslau, Taschenstr. 10. — Druckerei Breslau Nr. 644 — Verantwortl. Breslau, Ring 6887.

Luthers Rniefall vor Dawes.

Die deutsche Antwortnote.

Die Lutherregierung hat auf die Rniefnote in der Raumungsfrage heute vormittag den alliierten Vertretern folgende Note übergeben:

Herr Botschafter! In der dem Herrn Reichskanzler am 26. Januar überreichten Note erklären die alliierten Regierungen, daß sie einstweilen nicht die Absicht haben, die Frage der Räumung der nördlichen Rheinlandzone mit der deutschen Regierung zu erörtern oder auf die Darstellung der deutschen Note vom 6. Januar einzugehen. Sie beschreiben die bereits in ihrer ersten angekündigten Mitteilung jene Punkte, von deren Erledigung sie die Räumung jener Zone abhängig machen wollen, erneut auf eine spätere Zeit, wobei sie ebenso wie früher möglichste Beschleunigung dieser Mitteilung in Aussicht stellen.

Die deutsche Regierung muß zu ihrem Bedauern feststellen, daß die Ausführungen der deutschen Note vom 6. Januar den alliierten Regierungen lediglich zu einer formalen Erworderung Anlass gegeben haben, die diese für Deutschland und für die europäische Verständigung so bedeutungsvolle Angelegenheit in keiner Weise losert. Die alliierten Regierungen halten die deutsche Regierung wie auch die Offentlichkeit noch immer in Unkenntnis des Sachverhalts, mit dem sie den von ihnen bereits vor mehreren Wochen gefaßten Beschlufs begründen wollen. Das deutsche Volk wird wiederum der Nichterfüllung des Vertrages beschuldigt, ohne daß ihm die Möglichkeit gegeben wird, sich gegen diese Beschuldigungen zu verteidigen. Die alliierten Regierungen ziehen aus einer einseitigen Beurteilung des Sachverhalts die schwerwiegendsten Folgen und lehnen es in ihrer neuen Note sogar bis auf weiteres ausdrücklich ab, mit der deutschen Regierung in eine Erortrung der Angelegenheit einzutreten.

Die deutsche Regierung vermag nicht zu verstehen, inwiefern ihr eine Verleumdung der Tragweite der Artikel 428 und 429 vorgeworfen werden könnte. Sie hat nicht bestritten, und bestreitet nicht, daß diese Artikel die Räumung der nördlichen Rheinlandzone am 10. Januar 1925 von gewissen Voraussetzungen abhängig machen. Ihre Behauptung geht vielmehr dahin, daß diese Voraussetzungen erfüllt sind. Die Tatsache der völligen Entwaffnung Deutschlands ist zu offenkundig, als

daß die alliierten Regierungen die Nichterfüllung des vertragsmäßigen Raumungstermins mit dem gegenwärtigen Stande der deutschen Abrüstung begründen könnten.

Das gemeinsame Interesse an einer fruchtbareren politischen Zusammenarbeit gestattet es nicht, den gegenwärtigen Zustand der das Schicksal eines großen deutschen Gebietes und seine Bevölkerung im Ungewissen lat, auf unbestimmte Zeit zu verlängern. Die deutsche Regierung erwartet deshalb, daß die alliierten Regierungen die Mitteilungen des angekündigten Materials nunmehr alsbald folgen lassen und so die Voraussetzungen für eine Bestandigung über die Befestigung des ostpreussenen Konflikts schaffen.

Was wir bereits gestern vorausgesagt haben, ist eingetroffen: Die Lutherregierung weicht in der Raumungsfrage aus. Ihre Entgegnungen sind lediglich dazu bestimmt, Zeit zu gewinnen und der Offentlichkeit Sand in die Augen zu streuen. Die Regierung tut nichts, um die Räumung zu erzwingen. Sie ist unfähig, die Einheit des Reichsgebietes zu erhalten.

Anstatt die wahren Gründe der Nichterfüllung Räumung ruckstandlos aufzudecken, hat sie festzustellen, daß Deutschland in der Raumungsfrage zum Kompensationsobjekt englisch-französischer kapitalistischer Interessentrenten geworden ist, begnügt sich die Regierung mit der Behauptung ihrer Unfähigkeit in der Entwaffnungsfrage.

Die Antwortnote der Regierung zeigt den werktätigen Massen, daß alle burglichen Parteien, von den Vollstandigen bis zu den Sozialdemokraten, nicht gewillt und nicht in der Lage sind, die Einheit des Reichsgebietes, die vollkommene Befestigung Deutschlands, zu verhindern. Vollstandige und Deutschnationale, die besonders in Schlesien das Maul weit aufreien und täglich von der deutschen Ehre beklammern, können die Lutherregierung bezw. ihre Teilhaber verfechten. Nur durch Verständigung des deutschen und französischen Proletariats, durch eine Regierung der Werktätigen in beiden Ländern kann die Befestigung Deutschlands von den Ketten Morgans erfolgen.

Die Kommunistische Partei, die seit Jahren Entwaffnung der konterrevolutionären Reichswehr und die Entfernerung der Schupo fordert, ist allein fähig, die Einheit des Reichsgebietes zu erhalten.

Der Rachezug gegen unsere Zeitung.

24 Monate Gefängnis seit Oktober 1923.

Breslau, 28. Januar.

Der Rachezug von Justiz und Polizei gegen die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“ erfordert jede Woche neue Opfer. Am 22. d. Mts. wurde, wie bereits gemeldet, unser Genosse Rich. Schulz vom Staatsgerichtshof zu neun Monaten Gefängnis verurteilt. Diese horrende Strafe verhängte der Staatsgerichtshof gegen einen bisher völlig unbescholtenen Arbeiter, der in der Zeit, als sämtliche Redakteure der „Arbeiter-Zeitung“ verhaftet waren, mutig in die Presse sprang und an die Stelle der Inhaftierten trat. Das Verbrechen des Genossen Schulz wurde in einem Artikel Hugo Eberleins erläutert, in dem prinzipiell Stellung zur Frage des individuellen, des Massenterrors, genommen wurde. Noch ist die Erregung über dieses unerhörte Misurteil in der Arbeiterschaft hoch, da wird aus ein neues Klassenurteil gegen die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“ gemeldet. Genosse Max Gläser, der vor einigen Wochen nach neunmonatlicher Untersuchungshaft in die preussisch-deutsche Freiheit zurückkehrte, wurde am 27. d. Mts. zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Nach Genosse Gläser war bisher unbestraft und sein Verbrechen bestand in der Verfassensscheidung eines Vater-unser-Gedichtes, in dem die Herrschaft Hochstandiger glorifiziert wurde. Ferner wurde ihm zur Last gelegt, Helmbaten der Reichswehr mit treffenden Ausdrücken, die Gemeindegut des gesamten Proletariats sind, belegt zu haben. In diesen Schandurteilen gegen Redakteure der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“, welche die Arbeiterzeitung der Vorkriegszeit weit in den Schatten stellen, schweigt das gesamte sozialdemokratische und burgliche Pressegesindel.

Die Stellen fest: In der Zeit von Oktober 1923 bis Januar 1925 wurden gegen Redakteure der „Arbeiter-Zeitung“

24 Monate Gefängnis

verhängt. Es erzielten:

- Genosse Dombrowski 9 Monate.
- Genosse Richard Schulz in Breslau 1 Monat in Beispiel 9 Monate.
- Genosse Reichsly 3 Monate.
- Genosse Max Gläser 2 Monate.

Nicht inbegriffen in diesen unerhörten Klassenurteilen sind die vielen Monate Untersuchungshaft, die gegen Redakteure der „Schlesischen Arbeiterzeitung“ verhängt wurden. Genosse Biemwald, Redakteur der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“ ist seit April 1921 in Untersuchungshaft. Genosse Silbermann, der früher politische Redakteur unseres Blattes, wurde durch die Machenschaften der Klause und Konforten neun Monate in der weitesten Ruffen der Straße gefangen gehalten. Genosse

Fruhlich wurde innerhalb weniger Monate zweimal verhaftet, einmal lag er in Untersuchungshaft wegen Beleidigung des Herrn Polizeipräsidenten, begangen durch einen Privatbrief. Außerdem wurden gegen die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“ tausende Mark Geldstrafen verhängt. Gegen Genossen Hartich allein 1400 Mark, gegen Genossen Dombrowski 500 Mark, Geldstrafe, gegen Genossen Gläser 200 Mark usw.

Alle Schreckensurteile der berichtigten Kammer in den Vorkriegszeiten, alle Rucktrachtigkeiten der Sessendorfzeit werden in den Schatten gestellt durch das Wuten der ween Justiz in der freien Republik. Den schlesischen Arbeitern aber zeigt obige Zusammenstellung, wie die Feinde der Arbeiterschaft die Tätigkeit der kommunistischen Presse in Schlesien bewerten.

Die 24 Monate Gefängnis und die tausende Mark Geldstrafen sind die Quittung der Bourgeoisie an das revolutionäre Proletariat. 24 Monate Gefängnis zeigen daß für die kommunistische Presse in Schlesien ihre Pflicht gegenüber dem revolutionären Proletariat getan hat.

Wo ist das sozialdemokratische Blatt, das seit 1913 auch nur einen Bruchteil der angeführten Zahlen aufzuweisen hat. Als kürzlich einmal der Redakteur des Zittauer sozialdemokratischen Blattes eine dreimonatige Gefängnisstrafe zu verben hatte, wurde er nach sieben Wochen begnadigt. Dem kommunistischen Redakteuren wird nicht ein Tag ihrer Gefängnisstrafen geschenkt. Die Herrschenden wissen genau, was sie zu fürchten haben.

Der Zweck des Rachezuges von Justiz und Polizei ist die Vernichtung der kommunistischen Presse. Dieser Zweck soll erreicht werden durch Einkerkung der Redakteure, die man durch lange Gefangnisshaft und Schikanen aller Art wegschleudert und letztlich zu zermürben sucht. Hand in Hand damit geht die Verhängung außerordentlich hoher Geldstrafen, welche die „Arbeiterzeitung“ wirtschaftlich erdoltseln sollen.

Wollen die Arbeiter und Arbeiterinnen in Schlesien diese Absicht der Bourgeoisie und ihrer Justiz durchkreuzen, dann müssen sie auf jeden Schelmen andertalbe legen.

Für jeden Tag Gefängnis müssen

zehn neue Abonnenten für die „Schlesische Arbeiterzeitung“ gewonnen werden. Für jede Mark Geldstrafe ebenfalls ein neuer Abonnent. Dann werden die Absichten der Konterrevolutionaren scheitern an dem eisernen Willen des schlesischen Proletariats.

Genossen und Genossinnen! Die kommunistische Presse in Schlesien hat ihre Pflicht für das revolutionäre Proletariat getan. Erfüllt ihr die eure!

Achtgroshenjugungen der SPD.

Zum Beginn des Auer-Prozesses in München.

„Wir können ruhig antworten, daß die sozialdemokratischen die infamsten und größten Salunken, die in der Weltgeschichte gelebt haben, sind.“
Rosa Luxemburg

Die Geschichte lehrt, daß jede zum Untergang verurteilte Gesellschaftsform in den letzten Phasen ihrer politischen Herrschaft in einem Hexensabbat von Korruption und moralischer Fäulnis dahinsinkt. Wer sich mit der herrschenden Klasse verbündet, wird unfehlbar in den Strudel dieses Faulnisprozesses hinabgerissen. Die Koalition mit der Bourgeoisie hat die Sozialdemokratie nicht nur objektiv zu einem Bestandteil der burglichen Herrschaft gemacht, sondern die sozialdemokratischen Führer auch subjektiv korrumpiert. Diese Erkenntnis wird durch die politischen Erfahrungen, und vor allen Dingen durch die großen politischen Prozesse der Gegenwart innerhalb der Arbeiterklasse mehr und mehr gefördert. Dennoch ist bis zum heutigen Tage bei vielen Arbeitern der demagogische Appell sozialdemokratischer Führer an sentimentale Regungen nicht ohne Erfolg geblieben. Vor allen Dingen in den Gewerkschafts- und Betriebsversammlungen wird regelmäßig das Klagesied über die „Beschimpfung“ sozialdemokratischer Führer durch die Kommunisten wiederholt. Bis ins Lager der Kommunisten hat sich die Auffassung erhalten, daß die sozialdemokratischen Führer zwar objektiv die Geschäfte der Bourgeoisie besorgen, im übrigen aber persönlich ehrenwerte Leute seien, die ebenfalls den Kampf für den Sozialismus führen, und von denen uns nur der „Weg“ trenne. Die Namen Barmat, Kautsker, Bartels, Richter, Heilmann, Bauer bezeugen das Gegenteil. Die sozialdemokratische Partei ist bis heute bis in ihre höchste Spitze durch und durch korrumpiert. Die Fuhrerklassen sind durch unzählige Betrugs-, Bestechungs- und Korruptionsaffaren auf Gedeih und Verderb miteinander verbunden. Charakteristisch für diese Lassaue ist die Erklärung des sozialdemokratischen Parteivorstandes Hermann Müller, er habe gegen Auer nichts machen können, weil er bei der Münchener Parteikongresse zu sehr sei. Hat der Magdeburger Ebert-Prozess die politische Judastrolche der SPD vor der Geschichte festgestellt, so wird in dem Auer-Prozess in München, der am Montag vormittag begann, neben der politischen die persönliche Surferhaftigkeit der sozialdemokratischen Führer vor der Arbeiterklasse entlarvt werden.

Der Auer-Prozess vor dem Amtsgericht in München rollt wiederum ein Stück deutscher Revolutionsgeschichte auf. Diesmal sind es nicht vollstandig-deutschnationale Kreise, die den Prozess heraufbeschworen haben, wie bei Ebert in Magdeburg. Die Veranlassung zur Beleidigungsklage des Führers der bayerischen Sozialdemokratie, Erhard Auer, gab eine Flugchrift einer sozialdemokratischen Oppositionsgruppe unter der Führung der ehemaligen Unabhängigen Winter und Kämpfer. Winter war im Jahre 1923 der politische Vertrauensmann Seigners in München. Im Frühjahr des vergangenen Jahres, kurz vor der Reichstagswahl, gab er eine Broschüre heraus, die sich mit den Verhältnissen in der bayerischen Sozialdemokratie, und im besonderen mit der Person Auers beschäftigte. Die ungewöhnlichsten Anschuldigungen wurden in dieser Schrift gegen Auer erhoben. Die Münchener Parteihierarchie reagierte sehr rasch und schloß — Winter aus der Partei aus. Der Fall blieb unberührt. Vor dem Gericht kämpfen jetzt Sozialdemokraten, angeleitet und angewidert von dem Parteikampf, gegen Sozialdemokraten. Daß diese Partei nicht die Kraft hat, derartige Fälle vor einem Gericht von Arbeitern aus den Reihen der Partei zu erledigen, beweist zur Genüge, wie tief die Zerfällung in der SPD. eingefressen ist. Als weiterer Angeklagter steht vor dem Münchener Amtsgericht der Redakteur der kommunistischen „Neuen Zeitung“ Danzmeier. Die „Neue Zeitung“ hatte aus der Flugchrift Winters wesentliche Teile abgedruckt, um sie der Arbeiterschaft zugänglich zu machen.

Der Prozess erbringt wiederum den Nachweis, daß die Korruption als Massenerscheinung in der SPD. im Weltkrieg beginnt. Auer nimmt zum Munitionsarbeiterstreik dieselbe Stellung ein wie Ebert. Er erklärt in der Montagverhandlung vor Gericht:

„Der Munitionsarbeiterstreik habe ich für ein nationales Unglück und für einen Schaden für die deutsche Arbeiterklasse gehalten und vom ersten Augenblick an dagegen gearbeitet.“

Im Januar 1918 hat also nicht nur der sozialdemokratische Parteivorstand in Berlin an der Abwurgung des Munitionsarbeiterstreiks die Führung übernommen, sondern in der Provinz waren die gleichen Verräter am Werke. Die bayerische Regierung hat dem Verraterpad im Januar 1918 für die geleistete Dienste offentlich den Dank ausgesprochen. Am 7. November 1918 hat der Schurke Auer noch mit der königlich-bayerischen Regierung verhandelt und hat von ihr 500 Mark zur Niederschlagung der Revolution angefordert. Zur gleichen Zeit hat sich dieser Bursche bei Eisner um die Stelle eines Ministers in der neuen revolutionären Regierung beworben. Die Parole Hilferdings und Seines: „Immer die Hand im Spiele haben“ ist auch die Parole des Ehrenmannes von München. Die Verraterrolle der SPD. zur Zeit der Revolution in der Republik ist bekannt. Die SPD. hat systematisch die Bourgeoisie und das Kleinbürgertum korrumpiert. Sie

Gegen den Tschekaschwindel.

Die eigentliche Gräberin der berüchtigten Einwohnerröhren... durch ihre Parabel konnten die Vaterländischen Verbände... in Bayern breit machen. Der Vorschlag wird weiter enthalten... das Auer der intellektuelle Urheber des Mar... des an Eisner ist. Er hat mit dem feindlichen Adel Bayerns... in Kallmünz und Weidenfeld anhebt und gegenüber seinen gräf... lichen Gönnern nie ein Wort aus seiner Feindschaft gegen Kurt... Eisner gemacht.

Die sozialdemokratischen Führer haben jene Atmosphäre ge... schaffen, die den Boden für den Vorschlag an Eisner bereitet. Aug... hat dem Mörder Eisners, dem Grafen Arco, einen Rosen... strauch und ehrentuchvolle Gräbe geschickt. Selbst der ver... lotterten SPD war diese offene Huldigung des Eisner-Mörders... durch den Führer der bayrischen Sozialdemokratie damals ein... zu Karles Stück. War doch diese Huldigung alljährlich ges... eint, vor der Arbeiterklasse die wirkliche Rolle der sozialdemokratischen... Sanktionen zu erläutern.

Im Auer-Prozess wird ein Abgrund von Korruption auf... gerissen. Die sozialdemokratischen Funktionäre, Winter und... Kämpfer, enthalten bis ins kleinste die Vorgänge innerhalb der... SPD. Die niedrigste Art der Bestechung wurde von Auer... angewendet. Gewerkschaftsleiter und Bezirks... führer seien von ihm mit kleineren und größe... ren Geldsummen regelmäßig gekauft worden. Die Wohlhabenheit Auers sei auf die zweifelhaftesten Geschäfte... zurückzuführen. Unter anderem soll Auer an den Beauftragten... in Nordfrankreich lebhaften Anteil haben. Selbstverständlich ist... Auer auch Aufsichtsrat und bekleidet einträgliche Posten.

Während in München selbst eine wohlwollende Justiz... den Korruptionsstumpf der SPD nicht zu verhalten vermag... stehen in Hamburg heldenmütige, revolutionäre Klassen... kämpfer vor dem Forum der weißen Justiz. In München der... Gestalt und Dred übelster Korruption — in Hamburg der... feste unerschütterliche Wille der Arbeiterklasse zur Überwin... dung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Zwei Welten... offenbaren sich in diesen beiden zu gleicher Zeit stattfindenden... Prozessen: die verfallende Bankrotte, dem Untergang geweihte... Sozialdemokratie und die junge, aufsteigende, die Zukunft beherr... schende kommunistische Partei. Die erstere, die Partei des... Bürgertums, die letztere die kampfschlossene Partei der... Arbeiterklasse. Hamburg und München stehen in diesen Tagen... als untrügliche Wegweiser an der Meerstraße des Proletariats. Ein... aufrechter Proletarier, der seine Klasse und die Freiheit... liebt, kann nur Hamburg wählen.

Neue verschärfte Kommunistenbehe in Bayern.

Die so urwüchsig einsehende Verhaftungsaktion hat bis... heute noch kein Ende gefunden. Täglich, ja fast stündlich werden... aus dem ganzen Lande neue Verhaftungen gemeldet. Weit... über hundert Hausdurchsuchungen sind bis jetzt bekannt geworden... und eine große Reihe von Arbeiter und Arbeiterinnen sind ins... Gefängnis geworfen.

Diese neue Aktion der bayrischen Polizeibehörden wird... beleuchtet durch die Meldung bürgerlicher Blätter, daß die Auf... hebung des Ausnahmezustandes in Bayern bevorsteht und di... plomatische Nordorganisationen wider legal ihrer Tätigkeit nach... sehen können. Von einem Aufheben des Verbots der komm... nistischen Partei ist aber nichts bekannt. Um die Nichtaufhebung... des Verbots in der Öffentlichkeit einigermassen rechtfertigen... zu können, legen auf Befehl gewisser Ministerialräte des Innen... ministeriums Verfolgungen ein, die in ihrem Umfange bisher... selbst in Bayern nicht bekannt waren. Man will Material, ganz... gleichgültig, woher und welchen Inhalts, wenn man es nur... gegen die Kommunisten verwenden kann.

Internationale kapitalistische Solidarität.

Zwei politische Flüchtlinge, die an den Oberkämpfen teil... genommen haben sollen, wurden ohne jede weitere Behandlung... aus Brno (Tschechoslowakei) heimlich nach Deutschland ab... gefahren.

Obgleich der eine Flüchtling russischer Staatsangehöriger... und nur die russische Staatsbürgerschaft in Frage ist zur Ausst... ellung zur Ausstellung der Einreisebewilligung nach Rußland bereit... stand, listete die tschechoslowakische Klassenjustiz diesen Ge... nossen der deutschen Genossenschaft aus.

Am 11. Februar soll vor dem Staatsgerichtshof des Herr... Richter der große Tschekaprozess beginnen. Das riesige Spe... zialtribunal, um die KPD, moralisch und politisch zu erledigen. Der Ausgang des Tschekaprozesses soll der Bourgeoisie und ihren... sozialdemokratischen Gehilfen den Vorwand liefern, um die... KPD erneut zu verbieten.

Wir stellen vor der deutschen Arbeiterklasse fest, daß die... Tschekaktion der größte politische Schwindel der Ebert-Repu... blik ist.

Was ist „Tscheka“? Die Tscheka war in Rußland die poli... tische Polizei der Käteregierung, bestimmt zum Kampf gegen... die Gegenrevolution. In Deutschland gibt es keine Käter... regierung, also ist es besser Unsinns, von einer deutschen Tscheka... zu sprechen. Aber es gibt das Spitzelheer der Abteilung I... in Berlin und all der würdigen Regierungsstellen, die für... die Aufrechterhaltung des deutschen Kapitalismus bezahlt werden.

Der Abwehrkampf gegen die Spitzellei, der einst unter... Eugen Ernst eine Notwendigkeit für die SPD war, ist jetzt... eine wichtige Aufgabe der KPD und war es ganz besonders... in jenen entscheidenden Herbstmonaten des Jahres 1923. Dam... als hat die Parteileitung einigen Genossen speziell die Auf... gabe gestellt, den Kampf gegen die Spitzel in unsern Reihen... zentral zu leiten.

Diese Maßregeln der Partei zur Entlarvung und Unschäd... lichmachung des Spitzeltums werden vom Staatsgerichtshof als... die „deutsche Tscheka“ bezeichnet.

Die KPD hat im Laufe ihres Bestehens Hunderte von... Spitzeln unerschädlich gemacht. Nach feststehender Methode: Ent... larvung des Spitzels, Fortnahme seiner Parteipapiere, Aus... schluß aus der Partei, öffentliche Warnung vor ihm, möglichst... unter Verwendung seiner Photographie.

Niemals hat die Partei andere Methoden der Spitzel... bekämpfung angewandt. Die Feme gegen Verräter ist Duzende... Male von Völkischen und Deutschnationalen angewandt worden. Von der KPD, niemals. Duzende von Fällen haben sich in den... letzten Jahren ereignet, in denen rechtsstehende Geheimverbände...

angebliche Verräter ermorden ließen. Aber der Staatsgerichts... hof hat daraus keinen Tschekaprozess gemacht.

Im Herbst 1923 gelang es der deutschen Bourgeoisie, dank... ihrer riesigen Geldmittel, ihre eigenen Agenten in den Apparat... der KPD zur Spitzelbekämpfung hineinzuschleusen. Diese Poli... zialagenten haben im Sinne ihrer dunklen Auftraggeber allerlei... Unfinn fabriziert, verrückte Attentatspläne, Choleraabzäuser... usw. Außerdem haben zwei dieser Spitzel, wie sie selbst... zugeben, in Berlin einen dritten Spitzel, einen gewissen Kausky... umgebracht. Aus welchem Grunde diese Tat geschah, wissen... wir nicht. Vielleicht weiß die Abteilung I a des Berliner... Polizeipräsidiums Bescheid.

Auf dieser Grundlage ist die „Tscheka“ und Morbanlage... gegen die KPD aufgebaut. Jeder Arbeiter und überhaupt... jeder Mensch, der noch einen Rest von Gerechtigkeitsinn hat... bewahrt hat, wird sich mit Ekel und Verachtung von diesen... Spitzelmanövern der deutschen Regierung abwenden.

Die KPD erklärt vor der deutschen Arbeiterklasse und vor... der gesamten Öffentlichkeit: Wir werden jederzeit bis aufs... letzte solidarisch sein mit Arbeitern und Bauern, die gegen die... Bourgeoisie kämpfen, ganz gleich, welche Mittel sie anwenden. Wir... sind unbedingt solidarisch mit den Hamburger Auf... ständischen und mit den badischen Kämpfern vom Herbst 1923. Aber... wir werden uns niemals die Choleraabzäuser, die irr... sinnigen Attentatspläne und die Tschekapathologie bezahlter... Polizeisubjekte anhängen lassen.

Die KPD tritt ein für die Massenaktion des Proletariats. Aber... sie war und ist, getreu den Grundbegriffen des Marxismus... und des Leninismus, gegen individuelle Terrorakte.

Das Manöver der deutschen regierenden Klasse, durch den... Tschekaschwindel das Vertrauen der Arbeitermassen zur KPD... zu erschüttern, wird elend scheitern. Die KPD wird den Klassen... kampf des Proletariats im Sinne von Marx und Engels und... von Lenin und Liebknecht weiterführen, trotz aller Lügen und... Schiedungen ihrer Feinde.

Berlin, den 26. Januar 1925.

Zentrale der KPD.

Der russisch-japanische Vertrag.

Moskau, 28. Januar.

Die wesentlichen Bestimmungen des letzten abgeschlossenen... Vertrages zwischen Japan und der Sowjet-Union werden in... der Presse amtlich mitgeteilt. Der Vertrag sieht die volle... Wiederaufnahme der diplomatischen und konsularischen... Beziehungen vor. Die zwischen Rußland und Japan vor dem... November 1917 abgeschlossenen Verträge und Konventionen werden... von einer späteren Konferenz einer Revision unterzogen... und sind in ihrer bisherigen Fassung ungültig. Eine Ausnahme... bildet der Vertrag von Portsmouth (der den russisch-japanischen... Krieg 1905 betraf), sowie die bisher bestehende Fischer... Konvention. Der Vertrag sieht den Abschluß von Handels... verträgen und Schiffahrtsverträgen vor. Der Außenhandel... zwischen den beiden Ländern soll von jedem Land nach den... bestehenden Handelsverhältnissen geregelt werden, d. h. daß Japan... das japanische Außenhandelsmonopol voll aner... kannt hat. Die beiden Länder räumen einander Meist... begünstigungen ein.

Freudens der Propaganda hielt der Vertrag den Willen... fest, in gegenseitiger Freundschaft zu leben. Personen in öffent... lichen Diensten oder solche, die in Organisationen tätig sind, die... von den Regierungen finanziell unterstützt werden, sollen sich jeder... Tätigkeit enthalten, die eine Gefährdung der inneren Ruhe der... Sowjet-Union oder Japans verursachen könnte. (Dieser Punkt... des Vertrages bezieht sich ausschließlich auf die Beziehungen... auf die Organe der Sowjetregierung. Die Tätigkeit der Kom... munisten und ihrer Helfer wird natürlich in keiner Weise... unterbunden. Die Red.)

Zur Förderung der wirtschaftlichen Beziehungen der beiden... Staaten gewährt die Sowjetregierung Japan gewisse Kon... zessionen. Die sich auf die Ausbarmachung von Bodenschätzen... beziehen. Dieser Punkt des Vertrages ist durch ein Protokoll... ergänzt. Demzufolge die Sowjetunion sich bereit erklärt, Japan... zur Ausbarmachung von W-Prozente der bereits von Japan benutzten... Naphtha-Quellen Nord-Sachalin eine Konzession zu gewähren. Das gesamte Naphthagebiet auf der Insel Sacha... lin soll schachernmäßig in Quadrate eingeteilt werden und... die Hälfte dieser Quadrate Japan für die weitere Ausbeutung... überlassen werden. Das die andere Hälfte der Quadratsgebiete...

anbetrifft, so behält sich die Sowjetunion das Recht vor, diese... falls sie nicht von Sowjetrußland selbst ausgebeutet werden... nach eigenem Gutdünken japanischen oder auch anderen... ausländischen Konzessionären zu verpachten. Auf den östlichen... Sachalin-Inseln kann Japan Forschungen nach Naphtha vor... nehmen, wobei 50 Prozent der aufgefundenen Quellen von Japan... als Konzession gepachtet werden können. Auf der Westküste... erhält Japan Kohlenkonzessionen.

Moskau, 28. Januar. In einer Unterredung mit dem Mit... arbeiter der „Iswestia“ bemerkte Rakowitsch, die friedliche... Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion, Japan und China... die durch abgeschlossene Verträge garantiert sei, werde zweifel... los nur gute Folgen zeigen. Auf die Frage, wie sich der russisch... japanische Vertrag auf das Verhältnis der Sowjetunion zu... England auswirken werde, antwortete Rakowitsch: „Ich... erwarte nur gute Ergebnisse. England kann den sowjetisch... japanischen Vertrag in keiner Hinsicht als gegen England ge... richtet betrachten. Die Sowjetunion wünscht, auch mit Eng... land friedlich zusammenzuarbeiten.“ Bei dieser Gelegenheit wies... Rakowitsch auch die Gerüchte über den aggressiven Charakter... des russisch-chinesischen Freundschaftsverhältnisses zurück.

Angriff der Konföderierten in England.

In einer Londoner Distriktsversammlung von Metallar... beitern wurde sich das zur Versammlung eingeladene konfer... sative Unterhausmitglied Biscourt Curzon gegen die politische... Aktivität der Gewerkschaften. Es muß durch gesetzliche Maß... nahmen verhindert werden, erklärte er, daß die Mitglieder der... Gewerkschaften zum Zahlen von Beiträgen an die Labourparty... gezwungen werden könnten. Der Bericht der Gewerkschaftsdele... gation nach Rußland bezeichnete er als einen der bemerkens... wertesten in der Geschichte. Er versuchte, die Arbeiter damit zu... lapern, daß er sich auf die Stellung der Amsterdamer Inter... nationale und der deutschen Gewerkschaften berief, hatte aber... keinerlei Erfolg damit.

Wie wir hören, wird der ausführliche Bericht der Dele... gation Anfang Februar im Druck erscheinen. Es ist ein um... fangreicher Band von etwa 500 Seiten mit zahlreichen Illu... strationen.

MESS MEND

oder Die Yankes in Leningrad Copyright by Moderner Verlag, Wien 1924

Edison brachte es genau so weit, wie er es haben wollte. Telephons, Grammophons, Phonographen, elektrische Straßenbahnwagen. — zahllose Wunder kamen in die Hände der Reichen und Könige, erhöhte ihren Komfort und schmückte ihr Leben.

„Das alles kann ein einfacher Arbeiter leisten!“ sagte Edison in der Audienz eines Königs, während die Hand schüttelnd.

Die ehemaligen Kameraden von Edison waren stolz auf ihn. Es kam oft genug vor, daß die Arbeiter auf seine Gesundheit anstießen und ihren ganzen Wohlwollen dabei vertranken. Der Techniker Sorrow sah sich das schweigend an und schüttelte den Kopf.

„Du bist eben ein neidischer Mensch“, sagte man ihm in der Werkstatt.

Aber der Techniker Sorrow fuhr fort zu schweigen und den Kopf zu schütteln. Er war damals Gehilfe des Meisters Schalk in der Stahlgießerei von Arschling. Er reparierte die Maschinen, reinigte, ölte, bestrich sie aus, kurz, er war ein kleiner Mann. Aber niemals konnte ein noch so großer Heberhändenverdiener ihn zur Arbeit verführen. Man hätte ihm eine Willkür für eine Heberhände bieten können. — Sorrow hätte ganz gewiß wie an allen anderen Tagen seine große Schürze abgenommen, seine Hände gewaschen, die Hände hinterm Rücken verschüßelt und steifend den Weg nach Hause eingeschlagen. Das, was er bei ihm zu Hause tat. — das wachte niemand, sogar keine Mütter nicht.

Als Michael Tingsmader seine erste Rede hielt, die den Anfang in der neuen Midletown'schen Zeit geleitet hatte. — Kopfte der Techniker Sorrow nach der Arbeit an seine Tür, trat ein, schloß hinter sich zu und sagte:

„Tingsmader, du bist der Mann, auf den ich seit dreißig Jahren warte. Stehe deine Hand in meine Tasche.“

Mic Tingsmader streckte die Hand in seine Tasche, holte eine Papiertüte hervor und sah Sorrow fragend an.

„Geh wieder mit und höre zu“, sagte Sorrow flüsternd. Und sie gingen den ganzen Abend, die ganze Nacht und den Morgen. — bis die Fabrikweise sie zur Arbeit rief. Und einige Zeit darauf ließen aus allen Fabriken, aus allen Bergwerken, Kohlengruben, Tods, Werften, Mühlen, Elevatoren, Depots, Garagen und Reparaturwerkstätten die mannerten Schiffe ab. „M. M.“ in die Welt: auf allen Erzeugnissen, Fabrikaten und Halbfabrikaten, denen man das Geheimnis des Technikers Sorrow beigebrannt hatte.

Und eben dieser unbekannt Techniker Sorrow war es, der, ohne irgendein Mandat in der Tasche, aus Gründen, die in keiner Weise herausgefunden werden — in aller Bescheidenheit und Stille die Arbeit bei Bad Arschling aufgab und die Stelle eines Monteurs der Maschinenabteilung des Dampfers „Amelie“ angenommen hatte. Dieser Dampfer wurde von der Firma Hoerert gechartert. Zwei Stunden vor der Abfahrt war Sorrow schon an der Landungsstelle und beobachtete die Landarbeit.

Der Insänder Mat Rinlen, der Kapitän des Dampfers, sagte an seiner Seite und spazierte auf Deck. Die Krane warfen jetzt mit Getöse gepreßte Ballen mit Mais und Zucker, Ritten mit Kondensmilch, Säcke mit Meismehl in den Dampfer. — alles das war für den letzten Magen des hungernden russischen Volkes zu dem Zweck bestimmt, ihm die Wohlthaten der amerikanischen Zivilisation — vieles Sorrow's — begreiflich zu machen. Die dabei beschäftigten Arbeiter winkten Sorrow lustig zu, er erwiderte ihre Grüße.

Wichtig kitzelte der Dienemann Johns zur Landungsstelle. — er war rot, atemlos, verwirrt, blinzelte unruhig um sich, erkannte den Techniker Sorrow, lief an ihm zu und flüsterte atemlos:

„Wassilows Frau ist nirgends zu finden. Hast du sie nicht unter den Passagieren gesehen?“

Sorrow schüttelte verneinend den Kopf.

„Was soll ich jetzt tun?“ jammerte Johns. „Dieses verfluchte Dampfer läuft wahrscheinlich schon den zweiten Tag. Wo soll ich sie landen? Bei ihrer Fremden war sie nicht, nach Hause ist sie nicht mehr zurückgekehrt, und ich kann doch nicht ihren Mann um Auskunft darüber bitten, wo keine Frau steht, die ihm davonlaufen ist. Was soll ich mit dem Billett und mit den Passieren tun, wenn soll ich das übriggebliebene Geld einhängen? Wer wird mich meine Passagiere bezahlen?“

„Sprich mit Mic“, erwiderte Sorrow phlegmatisch, ohne...

sehen zu bleiben, und bezie dich, denn der Dampfer geht schon in einer Stunde und achtundfünfzig Minuten ab.“

Johns stürzte davon, und er verstand einige Augenblicke darauf in einem Loch. Zehn Minuten darauf sauste er in einem Holschl auf den Stahlbrücken, die sich von der Manege Rollen nach Midletown hinzogen. Es war eine risante Reize, — die Leitungen piffen um ihn herum, die Heuballen über ihm konnten ihn erdrücken, die elektrische Energie konnte ausgefaltet werden. Aber der ehrliche Dienemann Johns hatte keine andere Möglichkeit, rechtzeitig nach Midletown zu gelangen und er entließ sich zu dieser einzigen.

„Du sagst, es hätte sie niemand gesehen?“ fragte Tingsmader, nachdem er Johns verwirrte Rede angehört hatte.

„So ist's, Mic.“

„Das bedeutet also, daß man die Unglückliche beseitigt hat. Und daraus folgt, daß auch Wassilow jeden Augenblick in eine Falle geraten kann. Sie werden auch Wassilow beseitigen wollen, um statt seiner Arthur Rodefeller zu schicken.“

„Wassilow fährt mit dem ‚Torpedo‘, Mic, du hast noch Zeit genug. Aber was soll ich mit dem Billett und mit ihren Papiere anfangen? Und wer wird mich bezahlen?“ jammerte der ehrliche Johns. Die ‚Amelie‘ muß jeden Augenblick abgehen!“

Tingsmader dachte nicht lange nach.

„Sei mal endlich ruhig“, sagte er ihm hart. „Ms. Orton, kommen Sie doch mal schnell herein.“

Ms. Orton zeigte sich in der Tür.

„Hören Sie, hier haben Sie Billett und Ausweispaß. Sie fahren in einer Stunde als die Frau des Kommunisten Wassilow mit dem Dampfer ‚Amelie‘ nach Kronstadt. Ihr Mann fährt ebenfalls nach Kronstadt, aber mit dem ‚Torpedo‘. Sie haben aus Laune die ‚Amelie‘ gewählt. Sie treffen ihn an der Abtegeliste in Kronstadt. Sobald Sie ihn sehen, teilen Sie ihm mit, daß die amerikanischen Arbeiter Sie an Stelle seiner Frau nach Rußland geschickt haben, um sein Leben gegen Attentate zu schützen und die falschliche Verschwörerorganisation aufzulösen... Haben Sie verstanden?“

„Ja“, antwortete Ms. Orton. „Ich danke Ihnen, Michael Tingsmader, Sie werden es nicht bereuen, daß Sie mir diese Sache anvertraut haben.“

(Fortsetzung folgt)

Die SPD-Zellenbauer.

Die Kommunisten wollen unter der Parole „Einheitsfront“ ihre Zellen wieder aufbauen und die Selbstverteidigung der Arbeiterklasse zur Freude der „Morgenausgabe“ fortsetzen.

„Vorwärts“, Morgenausgabe 22. 1. 25.

Das Scheinheilige Geschrei der Sozialdemokratie und Gewerkschaftsbürokraten über die „kommunistische Zellenarbeit“ ist seit Jahr und Tag bekannt. Man kennt ihre zum Ueberdruß wiederholten Nebenarten über die politische „Unabhängigkeit“ der Gewerkschaften, ihre Lügen über kommunistische Spaltungsaktivitäten usw. Daß sie aber die Gewerkschaften mit aller Strupellosigkeit zu sozialdemokratischen Wahlvereinen und zu Organen zur Unterjochung ihrer Koalitionspolitik mit dem Kapital machen, hat zu allem Ueberdruß die letzte Reichstagswahl mit einer nicht zu übersehbaren Deutlichkeit gezeigt. Die SPD. braucht dazu nicht mal „Zellen“, denn in den Gewerkschaften besteht in der Regel der gesamte Funktionäpparat und die oberste Führerschaft aus Sozialdemokraten, die sich seit Jahr und Tag unter Ausschaltung des Mitbestimmungsrechts der Mitglieder in diesen Positionen halten. Aber das allein genügt der SPD. nicht mehr, und sie, die noch, wie obiges Zitat beweist, erst vor wenigen Tagen heuchlerisch die Zellenarbeit als „Selbstverteidigung der Arbeiterklasse zur Freude der Unternehmer“ kennzeichnet, die Tausende von Kommunisten aus den Verbänden wegen Zellenarbeit ausschließt, scheut sich nicht, SPD-Zellenarbeit in der ausgeprägtesten Form zu betreiben. Heute liegen uns dokumentarische Beweise vor. Durch einen Zufall sind wir in den Besitz folgender Schreiben gelangt:

An die Abteilungsleiter Berlins der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abteilung:

Werter Genosse! Infolge Erfahrungen bei den Wahlen in den Gewerkschaften müssen wir feststellen, daß unsere Parteigenossen nicht immer den kommunistischen Zwecken gewachsen waren. Wir sehen uns deswegen verpflichtet, für die kommenden Wahlen organisatorische Vorbereitungen zu treffen.

Zwecks Erfassung aller in unserer Partei organisierten Verbandsmitglieder bitten wir um einen Mitgliedsausweis unserer Berufsangehörigen und zwar: Tischler, Möbelpolierer, Klavierarbeiter, Holzbearbeitungs- und Maschinenarbeiter, Drechsler, Bergarbeiter, Rahmenschneider, Sticker, Klebmaschinenmacher, Riffenmacher, Knopfmacher, Korbmacher, Bürstenmacher, Bodenleger, Einseher und Saloufearbeiter.

Da die notwendigen Vorbereitungen keinen Aufschub dulden, bitten wir umgehende Zustellung an den Unterzeichneten.

Verbandsausch. der SPD-Holzarbeiter
des Hermann Harnisch, Reinfeld, Sehgestr. 4.

Berlin-Adlerstraße, 12. Januar 1925.

Werter Genosse!

Die Namen bekannt sein dürfte, sind durch die kommunistische Hebe geworben, unsere Genossen in sämtlichen der Berliner Gewerkschaftskommission eingeschloßen zu werden. Eine Fraktion der SPD-Genossen zu bilden, ebenso in der Zentralfraktion des Zentralverbandes der Zimmerer. Da wir aber nicht wissen, wer von unseren Verbandsmitgliedern als der SPD. angehöret, wollen wir Sie hiermit höflich ersuchen, mir doch umgehend die Adresse der in Ihrer Abteilung politisch organisierten Zimmerer mitzuteilen.

Zu diesem besten Dank.

Mit Vorliebe G. Ziege.

Vorsitzender der SPD-Fraktion der Zimmerer, Berlin, und 2. Reichsverband des 12. Reichs (Steglich), Fernstr. Adlerstraße, Lorenzstraße 15.

*

Bei dem gut ausgebauten Organisationsapparat der SPD. gehen selbstverständlich laufende derartige Schreiben ins Land, von denen wir zufällig zwei erwishten. Besonders interessant ist das Schreiben, wo die Angaben der Adressen von Zimmerern in Berlin verlangt wird. Denn der Zimmererverband in Berlin steht unter kommunistischer Führung, und da ist es der SPD. nicht so leicht wie in anderen Verbänden, gleich das Adressenmaterial vom Verbandsbüro zu beziehen. Der Zweck ist aber hier ganz offensichtlich der, die kommunistische Ortsverwaltung zu besetzen und mit SPD.-Leuten zu besetzen.

Wie die SPD-Fraktionen arbeiten, dafür lieferte der „Vorwärts“ anlässlich der Wahlen im Berliner Buchdruckerverband am 8. Dezember den Beweis, indem er nach der Wahl am 12. Dezember schrieb:

„Geführt von der Fraktion der SPD-Buchdrucker, treten die Anhänger der Richtung Amsterdam vor jeder Bezirks- und Generalversammlung in Bezirksfraktionsversammlungen zusammen. Hier wurden auch die Mittel aufgebracht, die zur Abhaltung von Versammlungen, zur Herausgabe von Flugblättern usw. nötig waren.“

Würden wir uns die sozialdemokratische Demagogie der Sozialdemokraten zu eigen machen, dann müßten wir jetzt ein moralisches Entrüstungsgeschrei antimmen. Doch wir sind weit entfernt davon. Ja, wir sagen, wir verdanken es der SPD. gar nicht, daß sie derartige Fraktionsarbeit betreibt. Doch wir und jeder ehrlich denkende Gewerkschafter sagen: Die SPD. und die Gewerkschaftsbürokratie mögen endlich ihr demagogisches Geschrei über „die kommunistische Gewerkschaftsspaltung durch ihre Zellenarbeit“ aufgeben. Die Gewerkschaften sind Organe des gesamten Proletariats, und es schadet ihnen nichts, sondern nützt ihnen, wenn in den Gewerkschaften die beiden Richtungen um die Führung, um die Richtung, Taktik und Politik der Gewerkschafter ringen. Praktisch wird das nie anders möglich sein als durch Fraktionsarbeit. Wir sind uns sicher, daß in dem offenkundigen Ringen zwischen Reformismus und revolutionärem Klassenkampf die überroße Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder in kurzem auf der Seite des revolutionären Klassenkampfes steht.

Wir ermahnen uns, wenn die SPD. offen Fraktionsarbeit betreibt, wie wir andererseits erklären, daß sich die SPD. durch keine Gewalt an selbstwählter Fraktionsarbeit hindern und abhalten lassen wird. Doch offen soll der Kampf geführt werden. Nicht doch gerade durch die beiden Briefe die hinterhältige und heimliche Handlungsweise der Gewerkschaftsbürokratie entlarvt, die Kommunisten aus den Verbänden ausschließt wegen einer Tätigkeit, die von den Reformisten selbst betrieben wird.

Wir ermahnen die gesamte kommunistische Presse, obige Dokumente ebenfalls zu veröffentlichen und fordern alle unsere

Kampf um die Gewerkschaftseinheit.

Die am Donnerstag, den 22. Januar, in München stattgefundene Generalversammlung der Zimmerer sah folgende Entschlüsse, die bereits den einzelnen Instanzen zugeleitet wurden:

Für die Gewerkschaftseinheit.

Die heutige Generalversammlung der Zimmerer Münchens hält das Vorgehen des AOB. gegen die Bestrebungen, eine einheitliche Gewerkschaftsorganisation zu schaffen, die auf dem Boden des Klassenkampfes stehen soll, zu erröthen, als gegen die Interessen der Arbeiterklasse gerichtet, für falsch.

Wir fordern vom Zentralvorstand der Zimmerer, daß er im Verbandsorgan „Der Zimmerer“ alle Rechte der englischen Gewerkschaftsdelegation über Sowjetrußland veröffentlichen und alle Arbeiter für die angebahnte Gewerkschaftseinheit unterstützt, sowie beim AOB. darauf hinwirken, daß dieser seinen arbeitgemeinschaftlichen Standpunkt mit dem Unternehmertum aufgibt und an seine Stelle den Geist richtiger Klassenkämpfes setzt.

Die Zimmerer Münchens begrüßen die Bestrebungen des englischen wie des russischen Proletariats zur Herstellung der gewerkschaftlichen Einheit und sind bereit, diese Bestrebungen mit allen Kräften zu unterstützen.

*

In Bernburg nahmen die Eisenbahner eine Resolution für die Einheit der Gewerkschaftsbewegung an.

*

Koblenz: Die Ortsgruppe des Zentralverbandes der Maschinen- und Heizer erklärt einen Aufruf gegen die antosowjetistischen Rüstungen der Entente und ihrer Vasallenstaaten und fordert, daß überall Versammlungen abgehalten

werden, um die Massen zu mobilisieren. Dem AOB. wird besonders gefordert, daß er alle Ortsgruppen und Verbände aufruft, eine allgemeine Protestaktion einzuleiten und über die Abwehrmaßnahmen Klarheit zu verschaffen. Der Aufruf schließt:

Hände weg von Sowjetrußland!

Es lebe die Internationale!

Es lebe die Einheit der Gewerkschaften!

Die Metallarbeiter von Weihenstephan für die Einheit.

In der am 18. Januar 1925 im Volkshaus zu Weihenstephan a. d. Saale stattgefundenen Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

In Anbetracht der ständig steigenden Not der deutschen Arbeiterklasse und der Metallarbeiter insbesondere erkennt die heutige Generalversammlung, daß nur eine geschlossene, einheitliche Kampforganisation der Gewerkschaften in der Lage ist, einen aussichtsreichen Kampf zum endlichen Siege gegen das immer frecher werdende Unternehmertum zu führen.

Die heutige Generalversammlung fordert deshalb den Verbandsvorstand auf, alles zu tun, um eine Vereinigung der internationalen Metallarbeitergewerkschaften, einschließlich der russischen, herbeizuführen und in dieser internationalen Einheitsfront den Kampfswillen zum Klassenkampf mit allen Mitteln zu führen.

Die Generalversammlung verlangt weiter, daß der Verbandsvorstand innerhalb des AOB. energig dafür eintritt, daß eine Einheitsfront aller organisierten Arbeiter baldmöglichst durchgeführt und ein Einigungskongress einberufen wird.

Genossen auf, von ihnen in den Gewerkschaftsversammlungen den denkbar größten Gebrauch zu machen, um die elende Scheuerei der SPD. zu entlarven und den Arbeitern Klarheit zu machen, daß es für sie nur einen Weg gibt: Anschließung an die kommunistische Fraktion, Umgestaltung der Gewerkschaften zu Organen des revolutionären Klassenkampfes.

Die ganze Wahrheit.

Von Purcell (Vorsitzender der Amsterdamer Internationale).

So begab ich mich nach Georgien, welches ein Objekt der besonderen Aufmerksamkeit seitens der Kapitalisten und — wenn man so sagen darf — der Quasizuständigen ist. Ich komme nach Georgien, ich schaue, ob nicht noch wenigstens ein Georgier am Leben geblieben ist. Während der letzten sechs Monate hat die britische Presse ihre Liebe zu Georgien so stürmisch geäußert, daß sie das Land seiner ganzen Bevölkerung beraubt hat. Sag für Tag hörten wir von Aufständen, Rebellionen, Forderungen, Niederschlagungen, Morden, Raubereien usw. in Georgien unter der halbheuchlerischen Herrschaft. Die entsetzlichsten Dinge wurden von den englischen Zeitungen an herabragender Stelle gebracht.

Sie wissen selber, daß es eine Unwahrheit ist, doch haben sie keine anderen Waffen mehr gegen Sowjetrußland.

Die Rielen demonstration, die am 3. Dezember in Tiflis stattfand und über drei Stunden gedauert hatte, ist die beste Antwort an die heimlichen, wie auch an die ausländischen Verleumder. Männer und Frauen, Mädchen und Jugendliche, alle in Arbeitsanzügen, schritten dabei in voller Ordnung mit Gelang und Ruf: ihre Fahnen, ihr Gesichtsausdruck sprach davon, daß die von ihnen für Georgien errungene Sowjetmacht um jeden Preis erhalten werden müsse.

Händler und Outabehrer Georgiens, seine früheren Herren, steht auf, wenn ihr es könnt, und sprecht die Wahrheit!

Wißt ihr es, daß eure Brüder im Ausland lügen?

Warum schweigt ihr dazu?

Ich will statt euch Antwort geben.

Die Arbeiter haben euch die Macht entzogen. Die Arbeiter haben sich bessere Wohnungen erkauft, haben starke und große Gewerkschaften geschaffen und haben ihren vollen Anteil am Gesamtergebnis des Landes. Sie bedrohen euren Profit. Sie haben eurer Ausbeutung Einhalt getan. Dies ist es, was euch schmerzt.

Als Obster der britischen Arbeiterklasse bin ich stolz darauf, daß ich die Möglichkeit zur Solidarität mit den breiten Massen georgischer Arbeiter hatte, die trotz aller Verleumdungen und Lügen, trotz aller Exkommunikation und Spindubankunt ihrer Feinde es vermocht haben, ihre alten Ausbeuter und Unterdrücker zu vertreiben.

Es ist unsere Pflicht, nach der Rückkehr nach Britannien mit einer immer steigenden Energie die britische Arbeiterklasse über das große Werk der georgischen Arbeiter zu informieren. Dies bezieht sich auch auf die gesamte Union der SSR.

Es lebe die Union der SSR und möge ihr von unserer Seite die größte Unterstützung zuteil werden.

Generalversammlung des Textilarbeiter-Verbandes Bahnhofs Weignitz.

In der am 22. Januar stattgefundenen Generalversammlung gab der Verbandsvorsitzende Schumann an den Jahresbericht. Indem er auf seine Leistungen zu sprechen kam, die er geleistet hatte im verflohenen Jahre, trotzdem bisher die Fraktion nicht getätigt wurde durch die Moskauer Junglinge, mußte er zugeben, daß ein

Rückgang von 300 Mitgliedern

im letzten halben Jahr zu verzeichnen sei. Er kassierte vom Reichstag und deren Vertreibungen im Interesse der Arbeiter, von der großen Hoffnung, daß die Wirtschaftslage sich heben werde auf Grund des Dawespatentes. Sämtliche Vertreibungen hob er auf die dummen Arbeiter, indem er es zu beweisen suchte, daß durch die von einzelnen Kollegen freiwillig geleisteten Ueberstunden Schuld seien für alle Vertreibungen, die eingetreten.

Es steht jedoch fest, daß die Zentrale mit Hilfe der Betriebsräte ihre Zustimmung gab zur Leistung von Ueberstunden in einzelnen Betrieben. Weiter gab er zu, daß das Arbeitszeitgesetz die Vertreibung der Arbeiter gebracht habe, verweigert aber den Kollegen zu sagen, daß die G.P. und der AOB. hierfür verantwortlich sind. In seinem Bericht sucht er die Opposition zu provozieren. Er führte Landesrat an, indem er beweisen wollte, daß dort die ganze Ortsverwaltung aus Kommunisten bestanden hätte und die Zahlstelle wäre von 6000 Mitgliedern auf 400 zurückgegangen. Nur verwarf er bei diesem Hinweis auf die Sabotage und Ausschlußfähigkeit des Hauptverbandes.

In der Diskussion nach als erster Genosse Hoppe das Wort. Er zeigte die wahren Ursachen des Rückganges der Gewerkschaften, indem er eine Bilanz zog aus dem Jahre 1924. Er zeigte an Hand reichen Materials, was von den Vertreibungen die man den Arbeitern der Einführung der Renten-

maß des Dawespatentes, was jüngerer Abkommen gemacht hat übrig geblieben ist. Ein Nichts. Er führte weiter an, daß trotz guter Konjunktur und lokaler Lohnverbesserungen die Lage der Weignitzer Textilarbeiter nicht gebessert habe, sondern gemessen an der Warenpreisregulierung nach oben verschlechtert. Weiter schilderte er die Ausnutzung des Arbeitszeitgesetzes durch die Unternehmer, und die Zustimmung des AOB. und der G.P. zu dem Gesetz. Er verwahrte sich dagegen, daß man nur die Arbeiter für die Vertreibungen verantwortlich machen will. Er ging auf die Tätigkeit der Zentrale und einiger Betriebsräte ein, die alles treue Anhänger der G.P. sind. Er nannte die einzigen Betriebsräte, die die Interessen der Arbeiterklasse, trotz ihrer gesetzlichen Rechte nicht vertreten, Schlafmügen. Und hier hielt er in ein Weiden gestochen, wie die spätere Ansprache ergab. Ferner warnte sich der Kollege Schaf gegen die Ausbeutung der geleerten ungelerten und der Heimarbeiter bei den Lohnverbesserungen. Er forderte, daß hier unbedingt eine Aenderung eintreten müsse, um bessere Lohnverhältnisse für die gesamte Arbeiterklasse zu schaffen. Er zeigte die wahren Ursachen über die Landesrat der Weignitzer. Unser Genosse streifte am Schluß die Kämpfe und die Lehren der Arbeiterkämpfe in den neunziger Jahren und forderte für die Zukunft zentral geführte Kämpfe um Erreichung des Friedens, alljährlich und des Achtstundentages. Es folgten nun in der Diskussion noch einige G.P.-Leute die recht laudenswertes 3 u. g. redeten und wir möchten denen empfehlen, sich etwas mehr zu beschäftigen mit Wirtschaft und Politik der Vergangenheit und Gegenwart.

Genosse Weier widerlegte treffend allen diesen kleinen Vernegroßen. Er schilderte die Mehrbelastung und Ausbeutung der Arbeiter auf Grund des Dawespatentes und erinnerte ferner an jenen, auf dem Leipziger Gewerkschaftskongress gefassten Beschluß, betreffs Gründung von Industrieverbänden, zu dessen Verwirklichung so gut wie gar nichts geschehen sei. Desgleichen kritisierte er scharf das Alfordsystem, das ein Morbidsystem für die Arbeiter ist. Der Angestellte Schumann versuchte in seinem Schlußwort durch Verdrehung der Ausführungen der Oppositionsredner diese lächerlich zu machen, um seine Autorität zu behaupten, und eine kommunistische zu veranlassen, sich aber auf Widerstand. Unsere Genossen verlangten Beweise für seine Behauptungen und in die Sache getrieben erklärte er augenblicklich dieselben nicht bringen zu können. Er erklärte ferner, er trete sofort gern von seinem Posten zurück zugunsten des Gen. Hoppe, sobald er genau weiß, daß auf Grund der Kasseler Statuten des Textilarbeiterverbandes der Gen. Hoppe, wenn er von den Mitgliedern gewählt würde, doch vom Hauptvorstand nicht die Bestätigung erhalten würde. Auf Grund seiner guten Information aus der „Weignitzer Volkszeitung“ führte er an, daß es nicht 7000 sondern nur 500 politische Gefangene in Weignitz lande gäbe. Er, sowie die gesamte G.P., schienen alle die Inhaftierten, die auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik, des Sprengstoffgesetzes, aus der Zeit der Inflation, durch Demonstrationen und Ausschreitungen und der Abwehr der Reaktion im Jahre 1923 erfolgten Verurteilungen nicht als politische, sondern als kriminelle Verbrecher zu rechnen. Er ging mit seinem Parteifreunde, dem Ehrenmann Hoppe, freudig, der in Kiel in einer Versammlung den Anspruch tat: „Sie (die G.P.) wäre nicht in der Lage, jetzt zu amnestieren.“ wie die K.P. auf Grund ihrer Parteistärke in die Gefängnisse brächte.“ Wir erlauben uns die beschriebene Anfrage, wieviel habe, oder verwehrt Schumann und die G.P. Jagow, Müller und Kumpen mit kämpfenden Proleten? Ein Kollege, der wohl in der Textilbranche beschäftigt ist, aber in einer anderen freigewerkschaftlichen Organisation organisiert ist, erlaubte sich einen Zwischenruf auf die Ausführungen des Angeestellten Schumann, der denselben auf die Kerkern gefolken sein mochte und den er sich verbat.

Durch eine erregte Ansprache über die Wahl der Kartelldelegierten und Lohnkommission, die etwas bremsig wurde, fand die Beschlüsse ein rasches Ende und wurde durch den Vorsitzenden geschlossen, obgleich noch über Lohnverhandlung diskutiert werden sollte.

Der Angestellte Schumann tat im Verlauf der Versammlung folgenden Ausdruck zu seinen neben ihm sitzenden Freunden: „Hier hat sich eine kommunistische Kernzelle aufgetan und diese muß zertrümmert werden.“

Nun Genossen, der Anfang ist gemacht. Euch Textilarbeiterinnen und Arbeiter von Weignitz rufen wir zu:

Reißt hinein in die Gewerkschaften zum Kampf gegen das Unternehmertum, zum Kampf gegen die Machenschaften eines Schumann und Konsorten!

Wahlen im Metallarbeiter-Verband Weignitz.

Am 15. Januar 1925 fand in Weignitz die Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes statt. Den Verkauf derselben kann man als sehr stürmisch bezeichnen. Der bisherige Vorstand (Barnatpartei) hat seine Cessel behalten, jedoch wurden in das Kartell 2 G.P. und 1 K.P. gewählt. Es wird schon werden, langsam aber sicher geht es doch vorwärts.

Bis zum 1. Februar 1925 ist jeder Kommunist Mitglied einer freien Gewerkschaft!

Das Maß ist voll!

Waldenburger Erwerbslose demonstrieren für ihre Forderungen.

Da die letzte Stadtverordnetenversammlung, sowie der Magistrat der Stadt Waldenburg die Forderungen der Erwerbslosen abgelehnt haben, sind die Erwerbslosen dazu übergegangen, für ihre bisher abgelehnten Forderungen zu demonstrieren. Am Sonntagvormittag zogen über 400 Erwerbslose vor das Verwaltungsgelände der Stadt (Wiescher Hof), um erneut durch den Erwerbslosenrat, ihre Wünsche dem Magistrat zu unterbreiten. Trotzdem man Sips aufgeboden hatte, um Anstimmungen zu vermeiden, zeigten die Erwerbslosen eine musterartige Disziplin. Die Erwerbslosen beharren auf ihren bisher aufgestellten Forderungen. Sie sind gewillt, falls ihre Forderungen nicht bewilligt werden, die Kostbararbeiten einzustellen.

Die Notlage in Waldenburg-Altwasser ist, im Hinblick auf die teuren Lebensverhältnisse, besonders groß. Die Erwerbslosen sind gewillt, ihr gutes Recht zu erlämpfen, und haben in ihrem Verhalten, die Sympathien der gesamten Bevölkerung. Sollte der Magistrat weiter auf seinem abfärenden Standpunkt beharren, so trägt er auch für die weiteren Ereignisse die Verantwortung. Die Zahl der Erwerbslosen wird im Waldenburger Industriegebiet nicht geringer, im Gegenteil, die letzten Ereignisse Entlassungen im Bergbau, beweisen dies zur Genüge. Auf dem Kriegsdienst werden 350, auf dem Schulte-Schacht 100 Bergarbeiter brotlos. Arbeitsminister Strauss, der erst vor kurzem auf den Jarkillischen Gruben eingefahren ist, mußte sich von den schlechten Verhältnissen überzeugen. Die höchsten Regierungsstellen sollten sich etwas mehr um diese miserablen Verhältnisse interessieren. Die Erwerbslosen sind jedoch gewillt, nicht länger mit sich schuldigen zu lassen.

Ergötzliches aus der Reichsbanner-Jugend in Stegnitz.

Wie wir erfahren, wollten die Kaufmännischen Angestellten der Reichsbannerjugend eine Singsgruppe bilden. Führer dieses Chores war der frühere Jugendleiter des J. D. K. Wollschläger, der die Wirtin dieser „Kaufleute“ nicht in Erfüllung, aber — — — Ihre sozialdemokratischen Jungproleten, denkt mal darüber nach! Man will mit Euch Arbeitern nicht mehr aufkommen sein. Des kann: davon, wenn man sich mit anderen Parteien verlobt! Wenn Ihr wollt als Gleichberechtigte gelten, dann hinein in die R. S.

Achtung!

Öffentliche Verclamungen mit dem Thema:

Die Vorgänge im Landtag und wer wird in Zukunft Preußen regieren!

finden an folgenden Orten statt:

- Breslau: Mittwoch, d. 28. Jan. Zentralballade, abends 7 1/2 Uhr. Ref.: Landtg.-Abg. Schulz.
- Gottesberg: Donnerstag, d. 29. Jan. Ref.: Parteisekretär Smolka.
- Schweidnitz: Donnerstag, d. 29. Jan. Ref.: Gen. Gabelin-Berlin.
- Görlitz: Donnerstag, d. 29. Jan. Ref.: Landtg.-Abg. Schulz.
- Lauban: Donnerstag, d. 29. Jan. Ref.: Landtg.-Abg. Dörr-Berlin.

Angabe des Lokals und Stunde ergeht aus den Blättern. Sorgt für Massenbesuch.

Bezirk Schlesien.

Achtung! Genossen! Achtung!

An alle Ortsgruppen!

Es kommen immer wieder Fälle vor, daß Ortsgruppen Briefe und auch Geldsendungen nur an die Bezirksleitung adressieren. Es muß dies unter allen Umständen unterbleiben. Die Post liefert derartige Sendungen nicht aus, es muß deswegen auf allen Sendungen, gleich ob Briefe oder Geld, immer die vollständige Bezirksadresse stehen: Alfred Hamann, Breslau 10, Drebnitzer Straße 50.

Kommunisten werden nicht mehr eingestellt.

Am 20. Januar wurde ich vom Arbeitsnachweis Mittelgasse nach den Finke-Hofmann-Lauchhammer-Werken hinausgeschickt, weil von dort Leute angefordert wurden. Nach Abnahme des Scheines und auf die Frage, ob ich schon dort gearbeitet habe, die ich mit ja beantwortete, mußte ich bald eine halbe Stunde warten. Dann kam der Bescheid, daß ich nicht eingestellt werde. Ein Kollege des selben Berufes, der noch nachkam, bekam sofort Zutritt nach der Hammer-Schmiede, Abteilung Maschinenbau, was ich ihm auch gönne. Ich war vom Februar 1922 bis Juni 1924 im Werk beschäftigt. Entlassung erfolgte wegen Arbeitsmangels. Laut Zeugnis: Zufriedenheit mit Führung und Leistungen. Auf dem Zeugnis waren folgende Zeichen: Besch. Zeichen: 3 4 und ein R. Diese Zeichen werden wahr-

scheinlich dieselbe Bedeutung haben bei den Arbeitnehmern, wie früher die schwarze Liste. E. P. Betriebsräte werden Meister und Kommunisten werden nicht wieder eingestellt. Den Protesten kann es nicht mehr schwer fallen, sich zu entscheiden, wo sie hingehen. Ist die „Schwarze Liste“ und „Arbeiter-Zeitung“ und organisiert Euch in der R. S. zur Befreiung unserer Klasse.

Thalia-Theater. „Haben Sie nichts zu berichten?“ Es ist ein Lustspiel voller Anecdotes und schäbiger Redensarten. Darum wird es auch von vielen Menschen gesucht, die leichte Vergnügungen suchen. Stüßel spielt die Hauptrolle und ist hier in seinem Element als vergnügungslustiger Bourgeois.

Arbeiterport.

Arbeiter-Turn- und Sportbund 14. Kreis 4. Bezirk Waldenburger Bergland.

Samstag, den 15. Februar, früh 10 Uhr, findet der festgesehene Winterwerbelauf durch Waldenburg statt. Jeder Teilnehmer ist verpflichtet, fünf Mann seiner besten Läufer zu entsenden und einige Kontrolleure. Start und Ziel ist das Verbandsgebäude der Bergarbeiter auf der Altemstraße. Der Lauf geht die Altemstraße entlang, über den Bierhäuserplatz, in die Grebberger Straße bis zum Ring von dort die Ostesberger Straße bis zur Wilhelmstraße, diese entlang bis zur Schloßbergstraße; diese hinab über die Hauptstraße und hinunter bis zum Verbandsgebäude. An den Vereinsleitern wird es nun liegen, die Veranstaltung so zu beschiden, daß der Lauf ein wichtiges Werbemittel für den Arbeiterport wird. Die Meldungen sind sofort an Paul Krause, Dittersbach, Hauptstraße 196, zu senden. Nun, auf zur Arbeit!

Aus der Geschäftswelt.

Der heutigen Ausgabe unserer Zeitung liegt eine Ankündigung der Firma Dr. med. Robert Hahn & Co., G. m. b. H., Magdeburg, über ihr in diesen Tagen von Fällen bedingtes Nervennährmittel „Nervasin“ bei, auf welche wir unsere Leser hiermit ganz besonders hinweisen. Ein Versuch mit diesem Mittel dürfte sich auf jeden Fall empfehlen.

Verantwortlich für den gesamten Text: Erich Olskauf. Breslau; Inzerate: Kurt Müller, Breslau. — Verlag: Schlesische Verlagsgesellschaft, G. m. b. H., Breslau. Druck: Neuvag-Berlin, Druckereifiliale Breslau.

Theater

Mittwoch, 28. 1. 1925
Stadttheater
„Der Freischütz“
Operntheater
„Die Rumpelstilzchen“
Theatraltheater
„Haben Sie nicht in der Kasse?“
Schauspielhaus
„Die Frau von Orleans“
Schauspielhaus
„Die Frau von Orleans“
Schauspielhaus
„Die Frau von Orleans“

Filmschau

für die Woche vom 23.—29. Januar 1925
Ufa-Theater
„Stadtmann — Fieber“
Tautenzien-Lichtspiele
„Alra“ — „Erlös Stur“
Ab-Lichtspiele
„Soll und Haben“
Promenaden-Theater
„Das Rätsel von San Saffi“
Sch-Lichtspiele
„Mädchen, die man nicht bräutet“
Breslauer Weltbühne
„Bismarck“
Jupiter-Lichtspiele
„Das Schindlermädchen“

Berichtungsständer.

Breslau, Bezirk Ost, Sonntag, den 26. Januar 1925, abends 7 1/2 Uhr, Bezirksversammlung bei Frau Frank, Lauenburgerstraße 73.
Sitzungsdort: Sonntag, den 30. Januar 1925, abends 7 1/2 Uhr, Bezirksversammlung im Hotel „Sitzungsdort“ 6, Heilmann am Markt.
Bezirk Zentrum, am Sonntag, den 31. 1. 1925, abends 7 1/2 Uhr findet eine Bezirksversammlung statt, zu der jeder Genosse kommen darf, auch wenn er nicht Mitglied der Partei ist. Sitzungsabende am Sonntag, den 31. 1. 1925.

Kommunistische Jugend

Breslau, Bezirk Zentrum, am Donnerstag, den 29. Januar 1925, nachmittags 4 Uhr, findet eine Jugendversammlung statt.

Gewerkschaften

Freiburg, Gewerkschaftskomitee, am Donnerstag, den 29. Januar 1925, nachmittags 4 Uhr, findet eine Versammlung statt.

Sportnachrichten

Breslau, am 27. 1. 1925. Sonntag, den 27. 1. 1925. Die Fußballmannschaft des Reichsbanner-Bezirks Breslau hat am 27. 1. 1925 gegen die Mannschaft des Reichsbanner-Bezirks Glogau ein Spiel im Stadion der Reichsbanner-Bezirks Breslau ausgetragen. Die Mannschaft des Reichsbanner-Bezirks Breslau hat mit 3:1 gewonnen.

Neuen neuen Leser, Genosse

Circus Busch

Tagl. 7 u. 8 Uhr
Kurzest. Gastspiel
der Welt. ersten Frau
Wanda Treumann
Wanda Treumann
spielt die weltliche
Königin der
Mercedes im

Wasser-Manege-Schauspiel

Der Graf von Monte-Christo
Vorher der ausgezeichnete
Zirkus- und
Circus-Wand.-Ritten
Chester H. Dick
Badwunder usw.

Neuer Deutscher Verlag

Für die Breslauer Stadtbesitzer ist es notwendig, auch ein gezieltes und ausgereiftes anzuhalten. geg. hohe Entschädigung. Meldungen bei Max Zschender, Bresl. 10, Glogauerstr. 13 ff.

PEUVAG

Papier-Erzeugungs- und Verwertungs-Aktien-Gesellschaft Berlin

Filiale Breslau
Treibitzer Str. 50

Abteilung:
Buchdruckerei

Sie stellen bei
vielfältiger Beschaffung

- Programme
- Eintrittskarten
- Briefbogen
- Plakate
- Rechnungen
- Flugblätter

alle Druckarbeiten
für

Private, Vereine
und Behörden

Preis-Aufgabe!

MED-ETSNEIDREVENIES-ENORK

An die Löser dieses Rätsels gelangt eine große Anzahl Preise im Gesamtwerte von

20000 Gmk.

gratis zur Verteilung.
Sie erhalten bei richtiger Lösung bestimmt einen Preis.

Die Einreichung der Lösung verpflichtet Sie zu nichts.
Sie bekommen Ihren Preis ohne Eingehen irgendwelcher Risiken.

Eingereichte der Lösung muß sofort in verschlossener, frankiertem Briefumschlag erfolgen.
Nach Eingang Ihrer Lösung erhalten Sie Nachricht, ob dieselbe richtig ist und über den

Ihnen zustehenden Preis.
Der Lösung bitten wir 10 Pf. für Druckkosten, Schreiblohn, Porto usw. beizufügen.

Rondo-Verlagsgesellschaft m. b. H. Röntgen in Breslau 1220.

Wo? werden nach Maß
Schnell und Stiefel
sicher und preiswert angefertigt. Reparaturen schnell und billig ausgeführt.
beim
Schuhmacher
Hermann Steinert
Penzig O.-L.

Soeben erschienen:

Parteien und Klassen im Spiegel der Reichstagswahlen

Eine Studie über den Charakter der Parteien als Klassenorgane

Mit statistischem Material über die berufliche Schichtung und die Ergebnisse der Reichstagswahlen von 1907 bis 7. Dezember 1924

Emil Eichhorn
M. D. R.

Die Broschüre ist 90 Seiten stark (mit Umschlag versehen) und kostet 60 Pf. Zu haben in der Schlesischen Verlagsgesellschaft G. m. b. H., Breslau 10, Trebnitzer Straße 50, Abteilung Buchhandlung.

Amtl. Bekanntmachung von Dittersbach.

Die Versicherungsbeiträge für die bei der Schlesischen Provinzial-Feuerschutz-Versicherungsgesellschaft Gebäude und das Mobiliar für das Jahr 1925 sind bis spätestens 20. Februar 1925 während der Raststunden in Zimmer Nr. 1 der hiesigen Gemeindeverwaltung zu bezahlen. Im Interesse jedes Versicherten wird die sofortige Einlösung empfohlen.
Dittersbach, den 28. Januar 1925.
Der Gemeindevorsteher-Stellv.
Roßler.

Beachte!

bei allen Einläufen
immer nur unsere

Inserenten!

Waldenburg-Altwasser

Papierhaus
FRITZ GRUHN
Sandstraße 3

Kaufhaus
Max Holzer
Waldenburg
Friedländer Straße 10

Konfektionshaus
Max Silbermann
Herren- und Knaben-Bekleidung

Photographie
Kurt Mai
Rathausplatz 10
Anfertigung von erstklassigen Aufnahmen u. Vergrößerungen

P. Heintz
Sindermann
Altwasser
Charlottenbrunner Straße Nr. 24
Weiß-, Woll- u. Schweißwaren

Beachtet bei allen Einkäufen
immer nur unsere Inserenten

Karl Otto
Altwasser
Charlottenbrunner Straße 53
Arbeitsschuhe
Ledersohlen
und Schnellbesohlen

D. KORN
Waldenburg, Friedländer Straße 10
Herren-Konfektion
Alleinvertauf der Firma
Louis Mosberg, Bielefeld

Die Belastung des Proletariats durch die Sozialpolitik des Bürgerblocks.

„Eine gesunde Sozialpolitik dient nicht nur dem Wohl der Arbeitnehmer, sondern ist mit dem Gedeihen der Wirtschaft und des ganzen Volkes aufs innigste verknüpft. In ihr finden sich daher alle Stände zusammen.“

(Luther in der Regierungserklärung am 19. 1. 1925.)

M. S. Am 19. Januar stellte sich dem jungen Dawes-Deutschland seine neue Regierung vor: Die Regierung der latenten politischen Krise auf dem Boden der stagnierenden Wirtschaftskrise die Regierung des Bürgerblocks mit dem schwarz-rot-goldenen Programm der großen Volksgemeinschaft und des sozialen Fortschritts.

„In der Sozialpolitik finden sich alle Stände zusammen.“ Sehr wohl, Herr Luther. Hier finden sich die Klassen „zusammen“. Zwar nicht in der sanften Harmonie des sozialen Friedens, aber in dem scharfen Zusammenprall unversöhnlicher Klassegegensätze. Ehe es den Kampf um die Kontrolle der Produktion und um die Produktion selber, ehe es den Kampf um die Macht gab, war der Kampf um Lohn und Arbeitszeit um Arbeitsschutz, um Alters- und Krankenversicherung. Solange es eine Arbeiterbewegung gibt, ist die Sozialpolitik der Kampfplatz der beiden Klassen.

„Eine gesunde Sozialpolitik ist mit dem Gedeihen der Wirtschaft aufs innigste verknüpft.“ Sehr wohl, Herr Luther. Wie die Maschine geölt und der Acker gedüngt werden muß, so muß auch die Arbeitskraft „bewirtschaftet“ werden, nur laß die strotzende Gesundheit dieser Sozialpolitik ihren vollendetsten Ausdruck im Gummiknüttel und Zuchthaus finden.

Die kapitalistische Bewirtschaftung der Arbeitskraft

Ist in der Tat eine schwerwiegende Frage für den Kapitalismus. Sie erschöpft sich nicht darin, das Ausrotten der Arbeiterklasse durch eine gewisse Fürsorge zu verhindern; Hungerrevolten der Arbeitslosenheere durch einige hingeworfene Brocken zu verhüten — das tat schon die frühere Armengesetzgebung, die die landlosen Vagabunden in die Werkhäuser steckte und der Disziplin des werdenden Kapitals gefügig machte.

Die soziale Belastung

steht in Deutschland seit Monaten im Brennpunkt einer lebhaften Diskussion in der bürgerlichen Presse.

Klar, unzweideutig und schlagend werden die Zechebarone und Geldkönige der Bergwerks- und Börsenzeitung belehrt:

„Der sozialpolitische Aufwand der Wirtschaft ist ein solcher, den sie nahezu ausschließlich für sich selbst macht. Sie erhält damit ihren menschlichsten Produktionsfaktor, die menschliche Arbeitskraft. Sie erspart dabei Mehrbeträge an Löhnen, die sie verausgaben müßte, wenn der einzelne Arbeitnehmer sich durch eigene Vorkehrungen für den Fall der Arbeitsunfähigkeit, Arbeitslosigkeit usw. schützen müßte.“

Und Luther sekundiert:

„Durch die Stärkung und Gesundung der deutschen Wirtschaft wird auch die Grundlage gefunden, um die sozialpolitischen Möglichkeiten — zu festigen und weiter auszubauen. Die sozialpolitischen Härten der Arbeitszeitgesetzgebung müssen so schnell beseitigt werden, als es die Besserung der Wirtschaftslage eben zuläßt.“

Seben wir zu, wie der Pfaffe Braun als Reichsarbeitsminister den Produktionsfaktor der menschlichen Arbeitskraft bisher im Interesse dieses Gesamtprofits verwaltet. Wir folgen dabei der Zusammenstellung im RABL Nr. 24, Jahrgang 1924 und Nr. 2, Jahrgang 1925.

Beiträge und Leistungen der Sozialversicherung.

Die Unfallversicherung

umfaßt 24 Millionen Versicherte. Die Beitragslast wird von den Berufsgenossenschaften der Unternehmer getragen. Sie brachte 1913 für Renten, Krankenbehandlung und Ersatzleistungen eine Summe von 124 Millionen Mark auf. Im Jahre 1924 wurde es Renten nur 61,2 gegen 107 Millionen Mark 1913 verausgabt. Die Gesamtlast der Berufsgenossenschaft betrug nur zwei Drittel der Last des Jahres 1913.

Das Ergebnis wird erklärt:

1. Aus dem angeblichen Rückgang der Unfallanzeigen und Rentenbescheide im Jahre 1922 gegenüber 1913.

Der nicht einmal zahlenmäßige Vergleich mit dem Jahre 1922 während sonst das Jahr 1924 zum Vergleich herangezogen wird, fällt von vornherein auf. Demgegenüber muß festgestellt werden, daß die Unfälle nicht nur nicht gefallen, sondern besonders in den letzten Monaten 1924 sehr stark gestiegen sind (gegenüber den Sommermonaten um 60 Prozent). Im September stiegen die Unfälle gegenüber dem Juni um 2000 Fälle und erreichten täglich 200 Unfälle.

2. Das RABL gibt selbst zu, daß der Rentenaufwand der Berufsgenossenschaften stark gesunken sei, als Folge der niedrig gehaltenen Durchschnittsrenten und der Entwertung der Zwergrenten. Alle Verletzungen mit einer Entlohnung von 10 bis 15 Prozent Erwerbsumfähigkeit werden mit wenigen Reichsmark im Jahre entschädigt. Ihre Zahl beträgt ungefähr ein Drittel der Verletzten überhaupt. Nennrings liegt dem Reichstag ein Entwurf zu einer Neuordnung der Unfallversicherung vor, der allen Erwerbsbeschränkten unter 30 Prozent die Rente überhaupt entziehen will. Es würde sich um 300.000 Erwerbsbeschränkte und ein Geschenk von etwa 15 Millionen an die Unternehmer handeln.)

Die Leistungen der Berufsgenossenschaften sind also um 33 Prozent gesunken. Die Lebenshaltungskosten nach dem Index der „R. F.“ sind um rund 68 Prozent gestiegen. Miran sind die Realbeträge der Unfallrenten um über 100 Prozent gekürzt.

Die Invalidenversicherung

(vom Unternehmern und Arbeitern zu gleichen Teilen getragen) ergab im Jahre 1913 Beiträge von 290 Millionen Mark, 1924 Bei-

träge von 330 Millionen Mark, also nur um 40 Millionen Reichsmark mehr als 1913, obwohl die Zahl der Rentenempfänger sich verdoppelt und die prozentualen Beiträge sich stark erhöht hatten.

Im ganzen kann man trotz dieser Erhöhung der Beiträge aus den Löhnen eine Verminderung der Leistungen um 47 Prozent gegen 1913 annehmen.

Die Krankenversicherung hat etwa 18 Millionen Versicherte zu versorgen. Die Beitragsleistung (die Arbeiter 3%, die Unternehmer 1%), betrug früher 4 Prozent, jetzt durchschnittlich 6 Prozent des Arbeitsverdienstes. Die Gesamtlast 1924 ergab 750 Millionen gegen 502 Millionen Mark 1914. Die Ausgabebelastung dieser Erhöhung gibt das RABL die ungewöhnlich hohe Krankenziffer der letzten Zeit an, die bei einzelnen Kassen zwei- bis dreimal so groß als im Sommer 1923 sei. Selbst nach dem unternehmerfreundlichen RABL spiegelt sich in dieser Zunahme der Krankenzahl die furchtbare Wirkung der Wirtschaftskrise wider. Arbeitslose, die mit den Bettelpennigen der Erwerbslosenunterstützung verhungern, versuchen Krankenunterstützung zu bekommen. „Hier hilft nur ärztliche Gewissenhaftigkeit“ hetzt das RABL gegen die Arbeiter.

Wie die Leistungen der Krankenkassen gesunken sind, dafür ist ein Beispiel die Knappschaften-Krankversicherung der Bergleute an der Ruhr. Obwohl der Beitragssatz von 4 bis 5 v. H. des Lohnes 1913 auf 8 Prozent am 1. Juli 1924 gestiegen und jetzt auf 6 Prozent „abgebaut“ ist, sind vom 1. Januar 1924 ab alle freiwilligen Mehrleistungen weggefallen, insbesondere die freie ärztliche Behandlung oder die Krankenhauspflege der Angehörigen der Bergleute. Das Krankengeld beträgt nur noch die Hälfte des Grundlohnes. Beitragssteigerung und gleichzeitig Rückgang der Leistungen.

Die Erwerbslosenfürsorge (je zur Hälfte von den Arbeitern und Unternehmern getragen) hatte 1924 einen Aufwand von 220 Millionen Mark aufgebracht. Die Beiträge schwanken zwischen 1 bis 2 Prozent des Lohnes (Berlin, Hamburg) bis zu 3 Prozent (Ruhrgebiet).

Die Jämmerlichkeit der Leistungen der Arbeitslosenversicherung ist allen Proleten bekannt. 7 bis 10 Mark Wochenunterstützung ist der Durchschnitt.

Die Gesamtsoziallast ist von 1102 Millionen Mark 1913 auf 1610 Millionen Mark 1924 gestiegen. Zugleich sind die Leistungen für die Arbeiter dauernd gesunken. Die Erhöhung der Beiträge aus den Arbeitergroschen, deren Folge die Steigerung der gesamten Soziallast ist, dient vor allem dazu, auf Kosten der Werkstätigen die durch die Inflation vernichtete Sozialversicherung wiederherzustellen. So muß z. B. allein die Invalidenversicherung jährlich 60 bis 70 Mill. Zinsen für die Anleihen zahlen, die sie hat aufnehmen müssen, um ihren Verpflichtungen nachzukommen, weil ihr Kapital durch die Geldentwertung verschwunden ist. Die Zinszahlung erhöht die Beiträge und senkt die Leistungen.

Soziallast und Krise.

Gegenüber der Sozialdemokratie und ihrem schwarz-rot-goldenen Anhang, gegenüber der republikanischen Monarchistenregierung ist zunächst festzustellen, daß die soziale Belastung allerdings gegen 1913 nicht unerheblich gestiegen ist. Die Verschleierungspolitik der ersten Veröffentlichung des Reichsarbeitsblattes (in der die Erwerbslosenfürsorge und die Pensionsversicherung der Bergleute bei den Gesamtlasten einfach weggelassen war) mitzunehmen, würde heißen, die tiefe Wirtschaftskrise zu leugnen, für die das Steigen der sozialen Lasten nur ein Ausdruck ist. Es ist eine alte kapitalistische Erfahrung: sinkt der Umsatz, sinkt die Produktion, so steigen die fixen Kosten, die unproduktiven Kosten. Wie die tot daliegenden Maschinen, wie die unangenehmsten Betriebsmittel, so muß in der Krise auch die tote Last der Arbeitslosen, der durch Unterernährung und Überarbeit Erkrankten, der durch das Antreibersystem in größerer Anzahl Unglücklichen mitgeschleppt werden.

Dabei ist — ebenfalls eine bekannte Krisenerscheinung — der Nutzeffekt im Verhältnis zum angewendeten Kapital nicht etwa größer, sondern kleiner geworden. Ueberblicken wir die Zusammenstellung im RABL, so ergibt sich: eine allgemeine Erhöhung der Beiträge (mit Ausnahme nur der Unfallversicherung) und eine zum Teil sehr weitgehende Verringerung der Leistungen. Die auffallende Tatsache, daß trotz starker prozentualer Beitragserhöhung oder großem Zuwachs der Zahl der Versicherten, eine sehr viel geringere Steigerung des Gesamtaufwandes sich ergibt, hat in der gegenüber dem Frieden stark gesunkenen Lohnsumme ihren Grund — ein Zeichen für die Verarmung der deutschen Arbeiterschaft.

Ist die Steigerung der sozialen Belastung ein Zeichen der Krise, so ist sie auch eine der Ursachen mit für den Bankrot kleinerer und kapitalischschwacher Unternehmungen und ihrer Aufsaugung durch die großen Konzerne. Wenn das RABL davor warnt, „eine nicht existierende Belastung von 16 Prozent“ in die Preise einzukalkulieren, während nur von einer 10-prozentigen die Rede ist — so nützt diese Warnung den kleinen Unternehmern nichts. Denn nicht sie beherrschen die Preise durch ihr „Kalkulationsbüro“, sondern der Markt, beherrscht vom Konzernkapital, diktiert sie ihnen. Und in der Konkurrenz gegen den Kampfpreis der Kartelle und Konzerne bricht ihnen auch die 10-prozentige Belastung des Hals. So wird, wie fast jede andere kapitalistische Steuer, auch die soziale Belastung zu einem Mittel des Konkurrenzkampfes der Schwerkapitalisten und gegen das kleine und mittlere Unternehmertum.

Die konzentrierte und kartellierte Industrie aber, die, infolge ihrer Organisation, in der Lage ist, die Kosten

der sozialen Belastung auf die Preise abzuwälzen, kämpft gegen sie aus zweierlei Gründen:

1. Um die staatlichen sozialen Einrichtungen auf Kosten von Betriebseinrichtungen (private Wohlfahrtspflege à la Krupp) zurückzudrängen und damit die Arbeiterschaft in eine noch größere Hörigkeit von sich zu bringen.

2. Ist der Kampf gegen die sozialen Lasten, noch dazu mit dem rührenden Hinweis auf die bedauernswerte „Lohnlücke“, nur ein maskierter Angriff auf den Lohn selbst. Denn: „Sozialversicherung ist ein wesentlicher Bestandteil des Lohnsystems, Lohnsparmung, öffentlich-rechtliche Verwaltung von Lohnanteilen und zweckmäßige Verwendung bei Eintritt des Versicherungsfalles.“ (RABL Nr. 24, 1924.)

Und die Arbeiterklasse?

Auch für sie erst recht hat die Frage der sozialen Belastung ihr eigenartiges Klassengesicht.

Wo sind die Beiträge und auch die Leistungen am allermeisten gesunken? In der Unfallversicherung, die die Unternehmer allein tragen.

Wo ist die Belastung am meisten gestiegen? In den Krankenversicherung, die zu zwei Dritteln von den Arbeitern getragen wird.

Wer trägt die Steigerung der sozialen Belastung wie alle übrigen Lasten der deutschen Wirtschaftskrise? Die Lohnlücke der Arbeiterhaushalt, die krummen Beine des kleinen rhabichtigen Zweijährigen, der noch kaum laufen kann.

Ueber die

Belastung der Lohnlücke

ergibt sich nach der Berechnung des Reichsarbeitsblattes: Für einen gewerblichen Facharbeiter in Berlin 5,9 Prozent, für einen landwirtschaftlichen Arbeiter 5,4 Prozent, für einen kaufmännischen Angestellten 6,4 Prozent des Lohnes, für den Unternehmer der drei Typen 5,0, 5,0 und 4,4 Prozent. Die Belastung des Unternehmers aber, wohlverstanden, bezieht sich nicht auf sein Einkommen, sondern nur auf das im Gesamtproduktionsprozeß kleine Quantum der Lohnsumme. Nach einer Aufstellung des Hauptverbandes deutscher Krankenkassen betrug die Gesamtbelastung deutscher Arbeitgeber durch die ganze Sozialversicherung ein Hundertstel des Gesamtsatzes!

Uns aber wird im Wege des „Lohnsparmungswanges“ ein Teil unseres Lohnes einbehalten und bewegt sich — bis es uns vielleicht einmal zu einem Teil zugute kommt — fröhlich im Zirkulationsprozeß des Kapitals und hilft seine Profite erhöhen oder realisieren. (Erst jetzt wieder wurde dem Reedereikapital aus Mitteln der Erwerbslosenfürsorge 50 Millionen Kredite versprochen und die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte macht Kreditgeschäfte nach dem Muster Seehandlungsbarmat.)

So werden wir doppelt und dreifach betrogen, gepöndelt, geschöpft.

Bieten wir dieser schamlosen Ausplünderung die Stirn: kein Abbau der sozialen Leistungen — er bedeutet unmittelbare Lohnkürzung und weitere Verelendung — aber

Aufhebung der Belastung der Lohnlücke!

Die Unternehmer, die unsere Arbeiterschaft ausbeuten, müssen für ihre Erhaltung und Wiederherstellung die Mittel hergeben. Die Arbeiterschaft aber muß sie allein verwalten!

Wir lehnen es ab, uns im Namen der „Wirtschaft“ auszuliefern und verlieren zu lassen. Sprengt der Rahmen unserer notwendigen Lebensbedürfnisse den „Rahmen des (kapitalistischen) Möglichen“, so muß die Regierung Luther die Regierung Cuno die Regierung der Krise des Versailes Deutschlands war.

Stiegende Naphthaexporte Sowjetrußlands.

Rußlands Verkaufsverträge für Naphthaexporte für 1925 belaufen sich bereits auf 1 124 000 Tonnen. Die Ausfuhr im letzten Wirtschaftsjahre betrug 712 000 Tonnen, was mehr als eine Verdoppelung gegenüber dem vorletzten Wirtschaftsjahr, in dem 210 000 Tonnen ausgeführt wurden, bedeutet. Gelingt Rußland die Erfüllung der Verkaufsverträge im laufenden Jahre, woran angesichts der stark verbesserten Produktionsmethoden kein Zweifel herrschen kann, dann wird sogar der russische Naphthaexport von 1913 um 49 Prozent geschlagen. Inzwischen sind Delegationen Rußlands in allen naphthaerzeugenden Ländern zum Studium der neuen Fördermethoden gewesen. Auf Grund ihrer Beobachtungen und der bisher gemachten Erfahrungen werden die Grosnyer und die Bakuer Naphthagebiete derartig ausgebaut, daß das russische Naphtha sich um 20 Prozent verbilligen wird.

Die Steuer- und Zolleingänge Sowjetrußlands.

haben nach amtlichen Mitteilungen im Wirtschaftsjahre 1923-24 die Schätzungen übertraffen. An direkten Steuern wurden vereinnahmt 305 Millionen Rubel während im Haushaltsplan nur 275,4 Millionen vorgesehen waren. Die Einnahmen der indirekten Steuern im Gesamtbetrag von 281,7 Millionen übertrafen ebenfalls den Voranschlag, der auf 264,1 Millionen lautete; an Zöllen gingen 52,6 Millionen Goldruble ein, gegenüber dem Voranschlag von 47,7 Millionen. Insgesamt betragen also die russischen Steuer- und Zolleinnahmen 639,3 Millionen gegenüber einem Voranschlag von 587,2 Millionen.

Die Galoschenfabrik des Gummitrust betrug im Dezember 66 000 Paar. Der Gummitrust unterhält Agenturen in Wien, Warschau und Konstantinopel. Eine neue Agentur ist in Stockholm zur Bearbeitung des skandinavischen Marktes schon eröffnet worden.

Die Roten Gewerkschafts-Internationale, Heft 12, Dezember 1924, bringt u. a. einen Aufsatz der Genossin Strasser: „Die Frauen in der Industrie und in den Gewerkschaften.“ Die Arbeit gibt eine gute Uebersicht über die Entwicklung der Frauarbeit und der Frauenlöhne in den kapitalistischen Ländern, insbesondere auch in Deutschland.

Das proletarische Existenzminimum

in der Woche vom 19. Januar bis 25. Januar

beträgt unverändert

62,95 Mark

Unser Betriebsrat! Wie ist er? Wie soll er sein?

Eine Rundfrage an alle Hand- und Kopfarbeiter!

h. f. Von Zeit zu Zeit veranstaltet die bürgerliche Presse Rundfragen:

Wer ist die schönste Frau von Europa?

Oder: Wie erhalte ich meine Figur?

Oder: Wie richte ich mein Herrenzimmer ein?

Es sind alles Fragen, kennzeichnend für die Welt der Nichtstuer und Parasiten. Diese Welt hat keine anderen Sorgen.

Die Rundfragen der bürgerlichen Presse sind daher nicht an Dich gerichtet, Arbeiter, Angestellter und Beamter, sondern an die Herren Doktoren und Professoren, die großen Volksausbeuter und Schieber, an die Abgeordneten, Regierungsräte, Oberregierungsräte und Minister, an die Freunde und Aufsichtsräte Barmats und anderer Großkapitalisten.

Nur ab und zu, als Renommierstück, kommt die Antwort eines einfachen Proleten zum Vorschein, um zu zeigen, wie großes Interesse man für das „Volk“ hat.

Wir, die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“, sind ein Arbeiterblatt.

Jeder der selber arbeitet und ausgebeutet und unterdrückt wird, soll in unserer Zeitung zum Wort kommen, ob Kommunist, Sympathisierender oder Gegner der KPD.

Darum richten wir unsere Rundfrage an euch, Arbeiter, Angestellte und Beamte, nicht an die oberen Zehntausend. Ihr, die ihr acht, neun, zehn und zwölf Stunden in den Fabriken, Büros und Geschäften arbeiten müßt, für jene, die von euren Arbeit leben, ihr sollt sprechen.

Wir fragen euch nicht nach der schönsten Frau Europas, wir fragen euch:

- Wo drückt euch der Schuh?
- Wieviel Lohn bekommt ihr?
- Wieviel verdient euer Unternehmer?
- Wie groß ist eure Wohnung?
- Wie wohnt euer Chef?
- Wie sieht es mit eurer Kleidung und Wäsche?
- Wie ist es damit bei eurem Vorgekehrten bestellt?

Und wir fragen als wichtigste Frage:

Wie ändern wir diese Zustände?

Was müssen eure Führer, die Betriebsräte, dagegen tun?

Sind eure Betriebsräte, die ihr vor einem Jahre gewählt habt, die geeigneten Männer, um an eurer Spitze stehend andere Lebensbedingungen zu erkämpfen?

In diesem Vierteljahr finden im ganzen Deutschen Reich die Betriebsratwahlen statt. Diese Wahlen sind von weit größerer Bedeutung als die Reichstagswahlen. Eure Abgeordneten leitet ihr das ganze liebe Jahr nicht, außer bei Neuwahlen, wo sie, mit denselben Versprechungen, die sie noch niemals gehalten haben, um eure Stimmen betteln. Die Betriebsräte hingegen stehen bei euch im Betrieb von morgens bis abends, vom ersten Heulen der Fabrik sirene bis zum Loreschluss. Von ihnen hängt es zum großen Teil ab, ob ihr euch mit den jetzigen Bezahlungszuständen zufrieden gebt oder Kämpfe um höheren Lohn wagt, ob die Schutzvorrichtungen verfallen oder ausgebaut werden, ob die Bestimmungen für Arbeiterschutz beachtet werden oder nicht, ob die Belegschaft freigewerkschaftlich organisiert ist oder unorganisiert und zerstückelt der Willkür des Unternehmers preisgegeben ist, ob der Betrieb eine Hochburg der Arbeiterbewegung oder der Scharfmacher ist.

Der Betriebsrat, das ist euer Führer im Kampf.

Ob ihr siegen oder eine Niederlage erleiden werdet, das hängt zum großen Teil davon ab, wen ihr zum Betriebsrat zum Offizier eurer Truppe macht.

Darum ist es notwendig, zu den Neuwahlen der Betriebsräte einen Rückblick über die Tätigkeit eurer alten Betriebsräte zu werfen. Standen sie auf Seite des Unternehmers, haben sie mit ihm gehandelt, haben sie eure Interessen vernachlässigt, verraten, oder standen sie auf Seiten der Belegschaft, waren sie der erbitterteste und gehässigste Feind des Unternehmers, haben sie alles für euch gewagt und schreckten sogar vor dem Herauswurf nicht zurück? Oder waren es ganz gute Kerle, gingen aber zu plump und dölpehaft vor? Oder hatten sie gute Absichten, waren aber zu schwach und nachgiebig? Haben sie bei Entlassungen einen Keil in die Belegschaft getrieben, indem sie ihnen zustimmten, anstatt die ganze Belegschaft zusammenzusuchen, sogar die Angestellten und Beamten in einer Front mit den Arbeitern gegen das Unternehmertum aufzustellen?

Haben die Betriebsräte die Versprechungen gehalten, die sie euch vor ihrer Wahl im vorigen Jahre gemacht haben? Habt ihr selbst sie immer genügend unterstützt, wenn sie für euch Forderungen erhoben? Seid ihr mitschuldig daran, wenn sie ihre Versprechungen nicht halten konnten?

Haben sich die kommunistischen, sozialdemokratischen, christlichen oder parteilosen Betriebsräte am besten bewährt? Waren die kommunistischen Betriebsräte nur Maulhelden oder haben sie losser eure Interessen verteidigt? Oder haben die kommunistischen Betriebsräte dieselbe Politik getrieben wie die sozialdemokratischen Betriebsräte? Haben die sozialdemokratischen Betriebsräte ihren Mann gestanden oder verraten sie eure Interessen? Und wie stand es mit den Christlichen?

Arbeiter, Angestellte und Beamte, auf alle diese Fragen sollt ihr uns antworten, eindeutig, klar und offen. Wenn ihr es ausdrücklich verlangt, werden wir eure Namen nicht veröffentlichen. Wir sind ein Kommunistenblatt. Aber gemerkt euch nicht, auch kommunistische Betriebsräte zu kritisieren. Wir treiben keine Selbstweidwärtigkeit. Was schlecht bei uns ist, muß ausgemerzt werden. Nur die besten Kräfte der Arbeiterbewegung sollen bei uns bleiben, keine Aufsichtsräte und Privatsekretäre. Kritisiert nicht nur an euren Betriebsräten herum, sondern schreibt gleichzeitig, wie sie es hätten besser machen sollen! Und vergeht nicht, daß der beste Betriebsrat nichts machen kann, wenn ihn die Belegschaft nicht unterstützt.

Ihr wißt, die Tätigkeit des Betriebsrates hängt zum

großen Teil vom Verband ab, der hinter ihm steht. Deshalb schreibt auch über die

Gewerkschaftsfrage

Die Gewerkschaftsbewegung ist zerrissen, international in Antlerdam und Moskau, national in freigewerkschaftliche, christliche, kirchlich-dunklerische und unionistische Verbände. Brauchen wir hier eine gewerkschaftliche Einheitsfront? Wie stellen wir sie her? Was muß der Betriebsrat tun, um diese ge-

Soweit es sich technisch nur irgend ermöglichen läßt, wird

jede Antwort veröffentlicht.

Und nun heran mit Tinte und Feder zur

Gerichtsitzung über unsere Betriebsräte!

Die Erwerbslosen werden betrogen.

Stadtverordnetenversammlung Langenbielau.

Am vergangenen Montag hatten sich unsere lieben Stadtveräter wieder einmal versammelt, um über einen Dringlichkeitsantrag der hiesigen Erwerbslosen sowie um den Anlauf zweier Grundstücke durch unsere Stadt zu verhandeln. Zum 1. Punkte der Tagesordnung kam es nach kurzer Debatte zum Abschluß des Kaufes. Es handelt sich bei dem Kauf um das frühere Grammelische Gut. Dieses Gut besteht aus zwei Grundstücken, das erste mit 3620 Quadratmeter Garten- und Ackerland und einigen Gebäuden, das zweite mit 17 Hektar, 74 Aar und 360 Quadratmetern. Der Kaufpreis beträgt zusammen 72 000 Mark, das erste 15 000 Mark, das zweite 57 000 Mark. Als zweiter Punkt wurde von Seiten des Magistrats ein Dringlichkeitsantrag aufgestellt über den Anlauf einer kleinen Fläche Landes. Es betrifft einen Teil des Weghardschen Grundstücks neben der Maasfabrik. Unsere Genossen wandten sich gegen die zu bauende Straße, weil dann alle dort befindlichen Schrebergärten den Besitzern verlorengehen würden. Dem Kaufe wurde schließlich zugestimmt, nachdem erklärt worden war, daß die Schrebergärten bleiben sollen.

Zu dem Antrag der Erwerbslosen folgendes: Der Antrag fordert eine tägliche Lebensmittelhilfe von 50 Pfg. (sehr bescheiden) pro Erwerbslosen. Jedoch von vornherein wurde der Verammlung vom Magistrat vorgeschlagen, den Antrag abzulehnen, weil er (wie immer) gesetzlich unzulässig sei. Der Stadtverordnetenrat erklärte, daß man über diesen Antrag überhaupt nicht verhandeln könne. Die Sozialdemokraten erklärten sich mit dem Vorschlage des Magistrats einverstanden. Die Kommunisten beantragten, daß man den Erwerbslosen an Stelle des Geldes Lebensmittel geben soll. Doch auch dieser Antrag wurde von Seiten der bürgerlich-sozialdemokratischen Unterelengemeinschaft gegen die Stimmen der Kommunisten abgelehnt. Unser Genosse Müller spricht besonders warm für die Erwerbslosen. Er sagt den Bürgerlichen und SPD.-Herren, daß sie es einmal vorhaben sollen, wie man mit einer vier- bis fünfköpfigen Familie mit 9 Mark in der Woche durchkommt. Genosse Müller erklärt, daß es den Sozialarbeitern kaum möglich sei, das Allernotwendigste zum Lebensunterhalt zu beschaffen, was sollen dann erst die anderen machen. Welcher Familienvater soll einen 16-jährigen Jungen für 2,80 Mark in der Woche beschäftigen und bleiben. Wie die Rumpenmänner müssen die Erwerbslosen mit ihren Familien herumlaufen. Zu all diesen Anträgen lagen die anwesenden Fabrikbesitzer Mittelstadt, Dierig, Neugebauer kein einziges Wortchen; und auch die Sozialdemokraten finden kein Wort der Unterstützung. Vielleicht war es für die Herren doch ein wenig peinlich, denn der Zuschörerraum war dicht mit Erwerbslosen besetzt. Selbst die Treppen und Korridore waren besetzt und gespannt erwarteten die Termisten, daß man sich ihrer doch noch erbarmen würde. Jedoch nichts als enttäuschte Gesichter sah man nach Beendigung der Sitzung. Unter dem Deckmantel der Besetzung der Sitzungslässigkeit wird alles abgelehnt. Die Erwerbslosen können ja geleglich verhungern, denn keiner der Dierig, Felsmann und Genossen kennt ja den Hunger. Die einen leben von fetten Profitten, die anderen von den Dividen des Reichstages oder gutbezahlten Posten in Arbeiterorganisationen. — Doch eine Ergründung hat man den Erwerbslosen zukommen lassen, und zwar einen Meiß- und Stützschlag von 3 Mark für die Wintermonate. Welch edelmütiges Herz haben doch unsere Stadtväter für ihre Erwerbslosen?

Der Arbeiterklub von Langenbielau empfiehlt wir, sich nur einmal eine Stadtverordnetenversammlung anzusehen, da braucht man nichts weiter dazu zu sagen. Zum Glück der SPD. und Bürgerlichen werden nur 15 Karten ausgegeben.

Sozialdemokratische Lügenfabrikation entlarvt.

Erklärung des Genossen Graf Graul.

Die „Bergwacht“ veröffentlichte unter der Ueberschrift: „Korruption in der KPD.“ einen Artikel, in welchem gefälschtes Material, das angeblich von dem Genossen Graf Graul kamme, der früher Bezirkssekretär in Essen war, zum Beweise von völlig erfundenen „Korruptionsfällen in der KPD.“ gebracht wurde.

Genosse Graul gab dazu folgende Erklärung ab:

Ich erkläre hiermit, daß der ganze Artikel der sozialdemokratischen Lügenzeitung vom Anfang bis zum Ende erlogen und erfunden ist. Ich erkläre, daß ich niemals an irgendeiner Parteikonferenz oder Kommission ein derartiges Schreiben gerichtet habe. Damit die sozialdemokratische Lügenpresse nicht die Möglichkeit hat, die Richterstimmen der angeblichen Dokumente zuzugeben, aber weiter zu behaupten, daß ihr Material richtig ist, erkläre ich hiermit zu dem Inhalt dieses Briefes: Niemals habe ich bei der Bezirksleitung der KPD. Ruhrgebiet oder von einer anderen Stelle eine Beschwerde in persönlichen Fragen gegen Genossen Schüh und König erhoben. Niemand haben mir auch Mitglieder der Bezirksleitung den Ausschluß aus der Partei angedroht. Da ich im Oktober 1923 aus dem besetzten Gebiet ausgewiesen wurde und bis September 1924 ausgewiesen blieb, habe ich überhaupt mit dem Genossen Schüh oder dem Genossen König in einem Bezirk recht zusammengearbeitet. Mit Wagner habe ich 1921 und Anfang 1922 in der Bezirksleitung zusammengearbeitet. Der gefälschte Artikel, der Brief und die angebliche Denkschrift sind gefälscht, wie die SPD. in hundert anderen Fällen mit den gemeinsten Fälschungen gegen die KPD. gearbeitet hat. Da anzunehmen ist, daß die gesamte sozialdemokratische oder bürgerliche Presse diesen Schwindelartikel abdrucken werden, erkläre ich diesen sozialdemokratischen oder bürgerlichen Redakteur, der jetzt nach meiner Erklärung diese Schwindel Dokumente veröffentlicht, als einen gemeinen Lumpen und Straßhändler. Die politischen Beweggründe der Barmatsozialisten, deren Korruption allen Arbeitern bekannt ist, liegen klar auf der Hand. gez. Graf Graul.

werkschaftliche Einheitsfront zu schaffen, die Zahl der Organisierten zu vermehren und ihre Kampfkraft zu steigern?

Bei euren Antworten beachtet folgende Vorschriften: Beschreibt das Papier nur einseitig und möglichst mit Tinte! Schreibt nicht mehr als dreißig Druckzeilen! Schreibt auf das Ruwert ein R, zum Zeichen daß der Brief die Rundfrage betrifft!

nach unserem alten Grundsatz

jede Antwort veröffentlicht.

Und nun heran mit Tinte und Feder zur

Gerichtsitzung über unsere Betriebsräte!

Korruption bei der Barmat-Partei in Hirschberg.

Wochenlang bemüht sich die Hirschberger Volkszeitung zur Verbedung ihrer Partei- und Gewerkschaftskorruption die schlimmsten Märchen aus dem „Kommunistenlump“ ihren Lesern aufzutischen. Daß man dabei aus dem äußersten Osten nach dem Westen greifen muß, ist äußerst bedenklich. Im Rheinland berichtet man dann über Kommunistenlump in Schlesien. Aber wie wärs wenn die Volkszeitung einmal aus Hirschberg berichtet. Es zirkulieren so viele dumme Gerüchte über Korruption in den verschiedenen Arbeiterorganisationen, deren Leiter nur Sozialdemokraten sind. Vielleicht gibt die Volkszeitung einen Bericht über die General-Versammlung des deutschen Fabrikarbeiterverbandes vom 25. i. 25. Wenn im Fabrikarbeiterverband im Jahre nahezu 2000 Mark Gewerkschaftsgelder unterschlagen werden, dann ist das keine Korruption. Wenn dann die Kommunisten den Ausschluß derartig gewerkschaftschädigender Elemente verlangen und die ganze SPD. stellt sich schüßend vor ihre Korruptionsgenossen, ist das keine Korruption? Wahrscheinlich, Barmat war ihrer wert und seine sozialdemokratischen Aufsichtsräte sind gute Lehrmeister gewesen. Wie bei ihnen Aufsichtsräte auch im kleinen errogen werden, davon folgendes Beispiel. In vergangener Woche tagte eine Sitzung der Gewerkschaftsvorstände und Kassierer, die sich damit beschäftigten, an Stelle des einen Korruptierten einen neuen Anwärter anzunehmen, der Betriebsobmann Pohl, dieses Muster sozialdemokratischer Demagogie und Verleumdung, ist dazu auserkoren. Um von vornherein die Gewerkschaftsinteressen bei ihm aufs äußerste anzupfeifen, ist die Entscheidung für seine Arbeit eine beinahe bettelhafte. Wahrscheinlich, man zweifelt nicht mehr an dem Uneigennützigkeit dieser Leute, wenn man für wöchentlich 12 Stunden nebenamtlicher Gewerkschaftsarbeit im Monat 160 Mark erhält. Vielleicht ist die „Cellulose“ AG. so gnädig, ihm für seine aufopfernde Tätigkeit als Betriebsobmann neben seinem Lohn noch eine Aufsichtsratsgratifikation zu stiften. Ja, ja das geschehene Wesen der Leiterns, der Rasch, der Heilmanns und der Pohl in Hirschberg ist keine Korruption.

Arbeiter, ihr habt eine Eisgebild. Wie lange noch sollen diese Parasiten euch verraten und verkaufen. Macht endlich Gehör mit dieser Gef. als, indem ihr ges. losen in die Verbände geht und dafür sorgt, daß sie wieder den korruptierten Führern entziehen und zu Instrumenten des Klassenkampfes werden.

Zusammenluß tut not.

Die „Bergwacht“ brachte einen Artikel unter obigem Titel. Wir wollen darauf einige Zeilen erwidern. Es trifft zu, daß den Arbeitern und Arbeiterinnen der Freiburger Spinner am 8. Januar ein Vorschlag gemacht und derselbe am 15. Januar in voller Höhe abgezogen wurde. War dies nur ein Gewaltstreik der Direktion oder steckte hinter diesen Dingen etwas anderes? Unserer Meinung nach konnte sich die Direktion diese Provokation der Arbeiter nur leisten infolge der erbärmlichen Haltung des Betriebsrates. Derselbe hatte schon das Vorhaben der Direktion gefasst bevor die Arbeiter den Vorschlag in den Händen hatten. Es war die Pflicht des Betriebsrates und der Arbeiter, welcher zu gleicher Zeit Vorsitzender des Zentralarbeiterverbandes ist, die Belegschaft auf dieses Ereignis aufmerksam zu machen. Er hat dies jedoch nicht getan, sondern gab der Direktion seine Einwilligung. Ja ihr Herren von der „Bergwacht“, wenn ihr ein Uebel beseitigen wollt, so müßt ihr es bei der Wurzel angreifen. Nur gut, daß der Betriebsrat kein Kommunist ist, sonst wäre das Geschrei der „Bergwacht“ groß. Jedoch ein kommunistischer Betriebsrat wird niemals einen solchen Verrat begangen. In der Partei der Barmat und Korrupten sind ja bekanntlich alle Dinge möglich. Daß heute einzelne Arbeiter bis täglich 13 Stunden arbeiten ist das Verschulden der Gewerkschaftsbürokraten, die kampflös alle unsere Interessen preisgeben und sich nicht entblößen den Arbeitern zu sagen: Mehrarbeit fördert die Volkswirtschaft!

Zusammenluß tut not! Das sagen auch wir. Jedoch kein Zusammenluß mit den Barmatbrüdern, sondern mit den ehrlichen Arbeitern. Die reformistischen Gewerkschaftsbürokraten jedoch wollen diesen Zusammenluß nicht. Die Kollegen Bräuner-Landesgut, Raupach-Vollenkahn und Rochus-Freiburg wurden ohne Angabe irgendwelcher Gründe aus dem Zentralarbeiterverband ausgeschlossen und jegliches Wiederaufnahmewort nicht niedergelegt. Zentralarbeiter und Arbeiterinnen wir sagen euch: Hinein in den deutschen Zentralarbeiterverband legt den Feinheits, Fädel, Hüßch und Frisch von der Partei der Aufsichtsräte das Handwerk! Macht den Zentralarbeiterverband zu einem Kampfinstrument, beseitigt alle arbeitserniedrigenden Elemente aus dem Verband!

Der Gang nach Gaußa.

In einer der letzten Nummern unserer Zeitung brachten wir eine Notiz von einem Streit zwischen dem Hüttenmeister Bittner und Fabrikbesitzer Schubert. Herr Sch. hat dabei die Richtigkeit der Kniggechen Lehre über den Umgang mit Menschen auf schlagende Art und Weise bewiesen. Anselmnd hat Herr Hüttenmeister die Lehre unserer Veröffentlichung nicht begriffen oder fühlte sich dadurch beleidigt. Ein günstiger Wind weht uns nun folgenden Bericht auf unseren Tisch. Eines Tages erhält Herr Schubert den Besuch des Herrn Bittner. Herr Sch., der sich nicht einmischen kann, schon die Bekanntheit dieses ehrenwerten Herrn gemacht zu haben, muß sich erst an die bekannten Vorgänge erinnern lassen und ist dann im Bild. Herr Bittner titelt nun Herrn Schubert, er möchte doch die Sache widerrufen lassen und als unwahr bezeichnen, da er sonst keine Ruhe vor der Arbeiterchaft bekäme. Herr Schubert lehnte aber dieses Ansuchen ab mit der Begründung, daß er dann Lügen müßte. Nur weiter so Herr Bittner.

Betrieb und Werkstatt

Lenin über Betriebsarbeit.

Die Stärke der bolschewistischen Partei, der einzigen Arbeiterpartei in der Weltgeschichte, die es in knapp einem Vierteljahrhundert von einer kleinen Gruppe zu der herrschenden Partei des weitgrößten Weltreichs gebracht hat, bestand von Anfang an darin, daß sie den wahren Sinn und die Bedeutung der revolutionären Arbeit der Partei an den Stellen der Arbeit und der Ausbeutung, in den Betrieben, erkannte hat. In der Morgenröte des Bolschewismus, 1902, proklamierte Lenin die Notwendigkeit, in den Betrieben „Betriebszirkel“ zu bilden, die sich später in Betriebszellen veränderten. Er schreibt:

„Die ganze Kraft, die Handkraft der Bewegung besteht in der Organisiertheit der Arbeiterschaft in den Großbetrieben, denn die Großbetriebe umfassen den nicht nur an Zahl überwiegenden, sondern auch an Einfluß, Entlohnung, Kampfsfähigkeit vorherrschenden Teil der Arbeiterklasse.“

„Jeder Betrieb muß unsere Festung sein.“ (1922.)

Der Einfluß der Partei in den Betrieben ist es, um was die Partei der Bolschewisten kämpft gegen Menschentum, Reformismus und Verborstentum. Dieser Kampf währte seit der Gründung der bolschewistischen Partei bis zur ersten mißlungenen Revolution 1905, während der Revolution und in den Jahren der Reaktion nach 1905. Im Jahre 1908 schreibt Lenin:

„Eine feste illegale Organisation von Parteizentren, eine systematisch illegale Verlagsstätigkeit vor allem aber drilliche und insbesondere Betriebszellen der Partei unter Leitung der besten Arbeiter selbst, die in unmittelbarem Kontakt mit den Massen leben — das ist die Grundlage, auf der wir den unerfüllbaren Kern der revolutionären und sozialdemokratischen (heute würde es „kommunistischen“) Arbeiterbewegung aufbauen und aufbauen haben.“

Man darf sagen, daß der Bolschewismus überhaupt in dem Grad wuchs und erstarbte, wie die Betriebsarbeit der Bolschewisten fest zu lagte.

Die Grundlage der Partei der Bolschewisten, ihr Fundament war die Betriebszelle. Und wie es zur Zeit vor der Machteroberung gewesen ist, so ist es auch bis jetzt geblieben. Die Basis des Sowjetstaates, die Stärke der KPdSU beruht darauf, daß sie in den Betrieben fest verwurzelt sind. Der Arbeit in den Betrieben widmet die Partei Lenins die größte Aufmerksamkeit. In allen parteiellen Organisationen, auf Kongressen, Konferenzen und in gewählten Organen bilden sich kommunistische Fraktionen. Deren Aufgabe es ist, den Einfluß der Partei unter den Nichtkommunisten zu stärken. Das ist und bleibt der grundlegende Gedanke Lenins von den Parteizellen in den Betrieben.

Skandalöse Zustände auf Symontschacht.

Alle Zeitungen berichten von Entlassungen und über Arbeitslosigkeit, aber das Karikatur, das eure gebraucht werden und keine Angst zu haben, findet man nur auf dem Symontschacht der Schieferen Kohlen- und Kokswerke. Da kann in der ersten Symontschacht-Abteilung der Erzieher Kramer ganz gut eine Reihe Schläger, als ungelehrte Bergarbeiter gebrauchen, aber er bekommt keine. Es wäre zum Kopfen, wenn man etwas im Magen hätte, wenn man so etwas hören muß und doch ist es so. Die Arbeiter wissen nicht, was sie tun und warum. Ich bin der Meinung, daß die Arbeiter hier zusammenhängen, daß kein Arbeiter mehr sich hier zur Arbeit meldet? — Wo bleiben dann die betreffenden Anstalten, welche sich so kraß für die Erwerbslosen ins Zeug legen? — Hier zeigt sich so recht deutlich die Schikane von der Betriebsleitung gegenüber den untränen Beamten und Arbeitern. Die Haut- und Leiharbeiter können ja bis zum Wühlstein gehen, denn im Bedingte verlangt man dafür diese Arbeiter mit von herrschender Positionseuten verachtet, was Schläger im Schichtlohn früher verrichten mußten, was Bergarbeiter und Hüttenarbeiter anbelangt. Es wird höchste Zeit, daß sich die Arbeiter entschlossen zusammenschließen.

Ungerechte Zustände

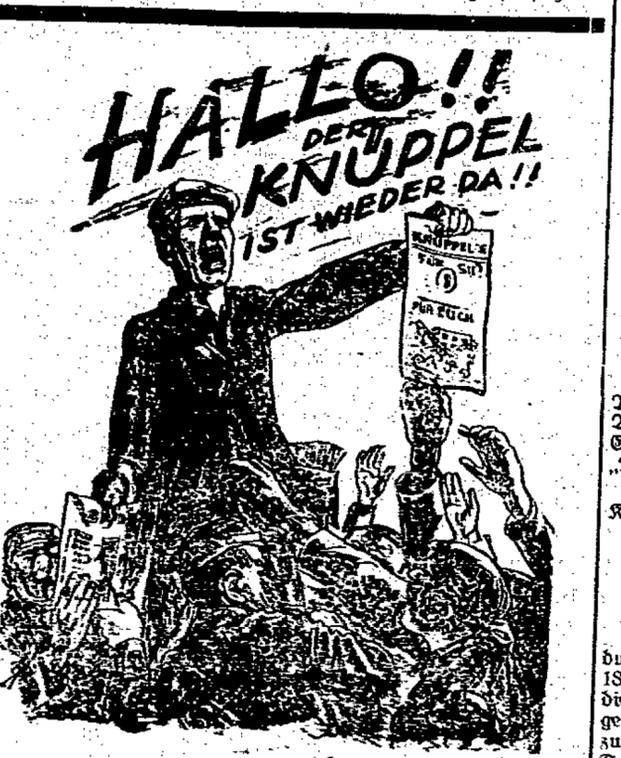
herrschen in der Ziegelei Klein-Breja. Als das Ziegelbrennen im November zu Ende ging, wurden etliche Arbeiter entlassen, doch nur Arbeiter, die zu Hause keinen Bock haben. Die Bauernbäckchen, deren Eltern bis 40 Morzen eigenen Acker haben befehlen jedoch ihre Arbeit. Sie haben somit reichlich Geld und des Sonnabends geht man sie auf dem Ring herumzuführen, mit Komary-weiß-roten Abzeichen und sich an schöner Wurst haben. Ein verheirateter Familienvater verdient jedoch nur 12-15 Mark und hat noch mehrere Kinder zu ernähren. Ich bin schon circa 4 Wochen krank, habe Lungentuberkulose. Jedoch wurde meine Frau auch entlassen. Die ganz Biermige Kranke haben natürlich nicht aus mir und meine Familie zu ernähren. Da kommt das erst die Stahlblechbrüder entlassen werden. Es wurde noch eine Arbeiterin entlassen. Deren Vater Invalid ist, der monatlich 3-4 Mark Rente bekommt.

Die 3 Zellen sollen nichts weiter, als den Arbeitern zeigen, wie es in unserer heutigen Gesellschaftsordnung zugeht. Arbeiter und Arbeiterinnen, wäret bei den kommenden Wahlen nur revolutionäre Betriebsräte!

Bericht über den Stand im Glasreinigungsgewerbe.

In Breslau bestanden bisher bei den Glasreinigern zwei Vereinigungen. Die größte von beiden ist jetzt dazu übergegangen, eine Innung zu gründen. Dazu hat sie schon seit Wochen die kleine Vereinigung eingeladen, um über die Statuten zu beraten und zu diskutieren. Nun hat die große Vereinigung eine freie Innung geschlossen. Die Reihe kam auch an die Kollegen der Fensterputzerbranche. Eine Versammlung fand am 24. d. Mts. statt. Diese Versammlung wurde vom ersten Vorsitzenden der Innung eröffnet. Die Tagesordnung lautete: Wahl eines Obmanns aus hiesigen und verschiedenen. Die Nervosität und die Hitze, die der erste Vorsitzende in seinen Ausführungen an den Tag legte, machte die Kollegen ruhig und ein Kollege beantragte mit Recht, 14 Tage Zeit, um sich einigermassen in die Statuten einzuarbeiten. Ein Antrag auf Veragung wurde dann einstimmig angenommen.

Einige Kollegen verließen daraufhin die Versammlung. Der größte Teil der Sektion Fensterputzer blieb zu einer Besprechung zurück. Bisher war unser Beruf ein freier, doch durch die Innung werden uns Statuten angehängt, die wir als ein Joch bezeichnen müssen. Das führt gerade nicht sehr den Kampf der Arbeiterklasse. Darum Kollegen, hinein in die freie Gewerkschaft zum Kampfe für die Einheitsfront, gegen das System der Unterdrückung. Ein Fensterputzer.



und ist bei allen Zeitungsboten und Kolporteurs erhältlich. „Der Knüppel“ erscheint am 10. und 25. jedes Monats.

Schnobrotalitäten und sozialdemokratische Helfershelfer der Klassenjustiz!

Vor der Strafkammer in Königsberg standen die Genossen Erhard, Sautau und Lubbe. Sie waren wegen Beamtenbeleidigung und Widerstand gegen die Staatsgewalt angeklagt.

In einer SPD-Versammlung hatte der Sozialdemokrat Donalies 25 Reichsbanner in Zivil bestellt, die vor der Eröffnung der Versammlung unsere Genossen in der bräunlichen Dreie überließen und verurteilten. Mit dem Ruf: Da kommt der Verbrecher, das ist der, der die Versammlung hören will! Hingen die Polizeibeamten mit dem Gummiknüppel auf den Genossen Erhard ein, so daß er mit blutendem Kopfe zu Boden stürzte. Der Genosse mußte händergebend aus dem Saale herausgetragen werden. Obendrauf fiel noch die SPD, die Klassenjustiz zu Hilfe und der Staatsanwalt beantragte gegen die drei Genossen hohe Gefängnisstrafen. Dem Staatsanwalt ist es natürlich nicht einmal gelungen, gegen die brutalen Schnobrotalitäten vorzugehen. Das Gericht brachte es auch fertig, den Genossen Erhard zu 18 Monaten Gefängnis, den Genossen Sautau zu 6 Monaten und den Genossen Lubbe zu 9 Monaten Gefängnis zu verurteilen.

Die Frauen und die Rote Hilfe.

Von einer Genossin geht uns folgender Mahnatul an die Frauen zu:

Auf der Agitation für die Rote Hilfe bin ich treppauf und treppab gegangen. In meiner Freude fand ich unter den Hausfrauen viele, welche wußten, was die Rote Hilfe will. Anders ging es mir in der Familie, wo die „Volkswacht“ gelassen wurde. Die sozialdemokratische Presse hat Schlimmes unter der Arbeiterschaft anrichten lassen. Es war mir nicht leicht, die Augen dieser Presse zu widerlegen. Die meisten Frauen, auch solche, die in der SPD organisiert

sind, unterstützen die Rote Hilfe mit einem Beitrag von 1000 Knappen Wochengeld. Alle sagten, mit den Hungerlöhnen ihrer Männer nicht auszukommen. Für die politische Inhaftierten und ihre Angehörigen, gaben sie trotzdem ihr Scherflein. Eine Frau sagte zu mir: Man kann die Leute doch nicht mit Verbrechen vergleichen, es sind doch Arbeiter, so gut wie unsere Männer auch.“

Genossinnen! Wenn Ihr Euch alle an der Werbung von Mitgliedern der Roten Hilfe beteiligt, dann ist es möglich, auch unter den Hausfrauen viele zu gewinnen. Niemand vernimmt den Schrei der Eingekerkerten deutlicher, wie wir Frauen. Darum laßt uns für die Rote Hilfe werben und sammeln. J. W.

Die „Rote Hilfe“ auf der Wacht!

Dank der Siegerländer Kommunisten an die „Rote Hilfe“

In dem großen Prozeß vor dem Reichsgericht gegen die Siegerländer Kommunisten hat die „Rote Hilfe“-Organisation Leipzig wiederholt praktische Solidaritätsbeweise für die gefangenen Genossen erbracht. Die gefangenen Genossen bedankten sich darauf bei der „Roten Hilfe“ mit folgendem Schreiben:

Leipzig, den 23. Januar.

Teure Brüder und Genossen!

Durch die mancherlei Aufmerksamkeiten, die uns die „Rote Hilfe“ durch Ueberendung von Paketen mit Rauch- und Schwarzem und dem Strauß roter Rosen erwiesen hat, fühlen wir uns immerlich gezwungen, Euch allen unseren herzlichsten Dank auszusprechen.

Genossen, Ihr habt uns bestliche Kommunistentreu bezeugt und uns dadurch gestärkt und hocherfreut. Treue und Treue! Durch Kampf, Not, Kerker und Tod zum herrlichen Ziel der KPdV vorwärts!

Es lebe die dritte Internationale!
Es lebe die Weltrevolution!

Mit herzlichem Parteigruß!

Otto Jüngst, Schramm, Brinckshulte Kramer, Schmidt, Heer, Kopsfleisch, Becker, Deiler, Windhagen, Kessler, Eitmann, Fuß, Debatz, Raute.

Die Rote Hilfe-Arbeit der Leipziger Arbeiterschaft und der Brief der Siegerländer Genossen, muß für die gesamte deutsche Arbeiterklasse ein erneuter Ansporn sein, mit noch größerer Energie als bisher für eine mächtige Massenorganisation der „Roten Hilfe“ Sorge zu tragen.

Die „Rote Hilfe“-Solidarität ist eine starke Waffe im Kampf gegen den Justizterror!

Was leistet die Rote Hilfe?

Werter Genosse!

Habe mit vieler Freude und vielem Dank die Geldsendung von 24 Mark (in Worten: vierundzwanzig Mark) am 18. Dezember erhalten. Ich sage Ihnen sowie allen Genossen, die ein Herz für die leidenden Genossen haben, meinen tiefgefühlten Dank für alles, was Sie mir in diesem Jahre zumommen liehen. Es war mir in meiner Leidenszeit immer Trost und Hilfe. Möge allen freundlichen Gebern eine reiche Vergeltung zuteil werden. Ich will nicht vergewisseln, da ich meinen Sohn nicht weiß wo. Ich weiß, daß er kämpft für das Wohl seiner Brüder und Leidensgefährten, für eine bessere Zukunft. Es ist es aber nicht Sache der wenigen Kämpfer allein, nein, es muß jeder Genosse und jede Genossin seine Pflicht tun und zum Aufbau einer besseren Zukunft einen Baustein einfügen, damit der Bau auch mal zur Vollendung schreitet.

Wer in Freiheit lebt und Arbeit hat, soll die Sorgen der anderen nie vergessen und soll Nächstenliebe darbringen, der soll den Spruch nie vergessen: Hilf jedem in seiner Not und sei ein Helfer aller Menschen.

Wie viele Vorkämpfer mühen schon ihr Leben hingeben. So bringt auch jeder gern ein Opfer für die Leidenden.

Es ist hohe Zeit, daß ein jeder selbst aus dem Schlafe erwacht und zum Bewußtsein kommt, daß jeder seinen Mann stellen muß und jeder seine Pflicht tut, sei es Mann oder Frau. Es ist nicht möglich, daß zwei, drei Mann oder auch nicht gehen, zwölf Mann den anderen die Kastanien aus dem Feuer holen; nein, alle, alle müssen anlassen. Aber sie werden erkennen lernen, daß in solchem Kampfe die gebrauchten Tauben nicht in der Luft geflogen kommen. Aber für Freiheit und Recht ist es sich nicht schlecht. Aber es muß jeder in treuer Pflichterfüllung vorwärts streben. So wünsche ich Ihnen, werter Genosse, sowie auch allen anderen, ein gesundes neues Jahr. Vor allem wünsche ich im neuen Jahre allen Befreiung aus Gefängnissen und allen Leiden, die ihnen der Kampf auferlegt, daß sie alle bald in Freiheit aufatmen können, so auch allen Genossen Erldung, die für ihre Angehörigen leiden.

Mit kommunistischem Gruß!

Wittoc. E. 2.

Werter Genosse!

Bin stolz auf die mir erwiesene Solidarität und gestärkt dadurch im Klassenbewußtsein gegenüber unserer Erzeugende. Mit warmem Herzen und verstärkter Arbeit innerhalb unserer Partei werde ich die brüderliche Unterstützung der Roten Hilfe den Dank abschlachten lassen.

Mit kommunistischem Gruß!

R. J. Göttsberg.

VEREIN DER FREIDENKER FÜR FEUERBESTATTUNG E. V.

Sitz: Berlin - Gegründet 1905

Hauptgeschäftsstelle:

BERLIN NO 18

Friedenstraße 60

Telephon: Königsbad Nr. 7011, 7072

900 Ortsgruppen im Reiche



Mitglied der Arbeitsgemeinschaft freigeistiger Verbände der Deutschen Republik

Größte Feuerbestattungsorganisation Deutschlands

400 000 Mitglieder

Der Verein gewährt völlig kostenlose Bestattung einschließlich des Transportes der Leiche nach dem nächstgelegenen Krematorium

Eigene Leichentransport-Automobile
Eigene Sargfabrik
Feste Geschäftsstellen in Breslau, Margarethenstr. 17, Zimmer 132; Gotha, Cosmarstr. 21; Leipzig, Berliner Str. 13; Sultgart, Seneefelders raße 72b; Königsberg, Vorderer Rosgarten 61-62, Zimmer 12; Magdeburg, Hohepfortestraße 41; Guben, Langestraße 4 (Buchhandlung Volkstimme); Hagen in Westfalen, Grabestraße 3; Dresden, Jagdweg 1
Eigene Näherei für Sterbewäsche
Eigene Sägewerk

Der Verein besteht seit 20 Jahren, baut sich auf rein proletarischer Grundlage mit sozialistischen Tendenzen auf - Uebertritt aus anderen Feuerbestattungsvereinen ohne Absolvierung einer Karrenzeit jederzeit möglich - Klassenbewußte Arbeiter gehören in unsere Reihen

Monatsbeitrag Goldmk. 0,40, Jugendliche bis zu 16 Jahren Goldmk. 0,20, für Personen von 50 bis 65 Jahren Goldmk. 1.-, für Personen v. 65 bis 70 Jahren Goldmk. 2.-, über 70 Jahr Vollzahlung Goldmk. 120.-, auch in Raten à Goldmk. 10.-

Für den Eintritt in den Verein ist der Kirchenaustritt Bedingung